



Süddeutsche
Evangelisch-
Lutherische
Kirche
SELK



Lernen für die Deutsche und Europäische Zukunft e. V.

Wie viel Staat

braucht die

Erziehung ?

E
i
n
l
a
d
u
n
g

Wie viel Staat braucht die Erziehung?

Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
zur Familienpolitik

Programm

- 19.00 Uhr Begrüßung und Gebet
(Pfarrer Andreas Volkmar)
- 19.10 Uhr Begrüßung und Einleitung
(Prof. Dr. Walter Schweidler, LDEZ - Vorsitzender)
- 19.20 Uhr Vortrag: „Verstaatlichung der
Erziehung?- Anmerkungen zur
Krippenpolitik“**
(Prof. Dr. Manfred Spieker, christl. Sozialwissenschaftler,
Universität Osnabrück)

danach Fragen und Diskussion

- 20.20 Uhr Vortrag: „Meinungsvielfalt und
Meinungsdiktat in der Familienpolitik“**
(Jürgen Liminski, christl. Journalist, St. Augustin)

danach Fragen und Diskussion

- 21.20 Uhr Schlussbemerkung, Fazit
(Wolfram Ellinghaus, Kuratoriumsvorsitzender)
- 21.30 Uhr Schlussgebet (Pfarrer Volkmar)

Mittwoch, den 25. März 2009

19.00 Uhr bis 21.30 Uhr

**Ev.-luth. Trinitatisgemeinde (SELK)
Schatenstr. 19, 33604 Bielefeld**

Pfarrer Andreas Volkmar, SELK

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Herzlich willkommen zum heutigen Vortrags- und Diskussionsabend **„Wie viel Staat braucht die Erziehung?“**

Wir freuen uns, dass sich mit Prof. Dr. Manfred Spieker, Sozialwissenschaftler an der Universität Osnabrück, und Herrn Jürgen Laminski, Publizist und Journalist aus St. Augustin, zwei kompetente Referenten gefunden haben, um dieses wichtige Thema mit uns zu bedenken.

„Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn, es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet.“ (Röm 13,1)
So übersetzte Martin Luther den Beginn des 13. Kapitels jenes Briefes, den der Apostel Paulus an die Christengemeinde in Rom schrieb. Die Einheitsübersetzung gibt es moderner wieder: **„Jeder leiste den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam. Denn es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt.“**

Erstaunlich ist, dass der Apostel dieses nicht über einen christlichen oder weltanschaulich neutralen Staat aussagt, sondern über das heidnische Reich der Römer. Dieses Reich wird mit seinem religiösen Kaiserkult die Christen in schwerste Gewissenskonflikte stürzen.

Aber Christen sind keine Anarchisten. Sie sind nicht der Überzeugung, dass der Staat und seine Ordnungen ins dieser Zeit und Welt überflüssig wären. Selbst einem heidnischen Staat wird zugetraut, dass er vieles in dieser sündigen und gefallenen Welt ordnen kann. **„Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich...“** (V. 4)

Gott ist eben nicht nur Schöpfer dieser Welt, sondern ist auch bis zur Wiederkunft Christi und dem Jüngsten Gericht ihr Erhalter. Und zu diesem Werk nimmt er nicht nur fromme Gemüter in Dienst, sondern auch Heiden oder Ungläubige können die Dinge dieser Welt anständig ordnen. Eine christliche „Scharia“ ist nicht nötig. Vernunft, sachgemäß und gerecht muss das Ganze geordnet sein.

Allerdings weiß die Heilige Schrift auch um den Missbrauch staatlicher Macht. In **Offenbarung 13** erscheint der tyrannische Staat als Tier aus dem Abgrund, das Recht und Anstand bricht: **„Und es macht, dass sie allesamt, die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Sklaven, sich ein Zeichen machen an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, und dass niemand kaufen oder verkaufen kann, wenn er nicht das Zeichen hat, nämlich den Namen des Tieres oder die Zahl seines Namens.“** (V 16f.) Der Staat verliert seinen Dienst- und Rechtscharakter, wenn sein Anspruch totalitär wird. Dies gilt für alle Lebensbereiche, auch für den Bereich der Erziehung. Der Staat kann und darf nie Selbstzweck sein.

Überschreitet er diese Grenze, muss er zur Umkehr und zu Einsicht gerufen werden. Für Christen gilt hier der Grundsatz „Non vi, sed verbi!“. Nicht durch Gewalt, sondern durch das Wort.

Darum stellen wir als evangelisch-lutherische Kirchengemeinde unsere Räume für den heutigen Vortrags- und Diskussionsabend zur Verfügung!

Prof. Dr. Walter Schweidler

Einleitung zum Symposium „Wie viel Staat braucht die Erziehung“

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dass Thema, zu dem wir heute die Ehre haben, zwei so hervorragende Experten hören zu können, ist von ebenso politischer wie philosophischer und glaubensmäßiger Relevanz. Für alle drei Seiten ist es aber auch ein Thema, das nicht eines unter anderen ist. Die Erziehung ist zwar zunächst einmal nur ein Feld unter vielen bedeutenden, auf denen sich Politik, Philosophie und Glaube in ein gemeinsames Grundsatzgespräch einschalten können und müssen. Aber die Erziehung hat gegenüber all diesen anderen Gegenständen, denen man sich in solchen Grundsatzdiskussionen zuwenden muss, eine ganz eigentümliche Stellung. Denn wir müssen uns ja klar machen, dass die Auffassungen, Einstellungen und Argumente, die wir alle in solchen Grundsatzfragen einbringen und mit denen wir die konkreten Entscheidungen unseres Lebens und Zusammenlebens zu lösen versuchen, selbst ihre Wurzeln noch in unserer Erziehung haben. Das heißt: In der Erziehung entscheidet sich schon wesentlich, wie man einmal über alle anderen wichtigen Fragen des Lebens und Zusammenlebens denken wird. Es geht uns ja allen in gewisser Weise so, dass wir uns an das, was wir in den frühen Zeiten unseres Lebens erlebt haben, mit größerer Intensität und länger und deutlicher erinnern, als an das, was wir später erleben. Je älter man wird, desto gründlicher meldet sich das, was man früh erlebt hat, im eigenen Bewusstsein und Gedächtnis zurück. Und so wie mit der Erinnerung steht es bis zu einem gewissen Grad auch mit der Bildung unseres Bewusstseins von richtig und falsch. Was wir in der Erziehung als richtig oder falsch eingesehen haben, dem gegenüber werden wir nur noch in seltenen Fällen eine wirklich grundsätzliche Revision vornehmen. Schon darum ist Erziehung eine der ertümlichsten Herausforderungen für das Nachdenken über Sinn und Sinnprägung unseres Lebens.

Damit aber erhält auch das speziellere Thema unseres heutigen Abends eine entscheidende Bedeutung. Denn gerade wenn die Erziehung ein so wesentlicher, prägender Faktor unserer Einstellungen zum und Auffassungen vom Sinn des Lebens und Zusammenlebens ist, dann ist das Verhältnis von Erziehung und Staat ein Gegenstand, der gründlichstes und vorsichtigstes Nachdenken erfordert. Eben weil unser Staat, der moderne Staat, der Rechtsstaat, der in gewisser Weise stolz darauf ist, kein religiöser, sondern ein säkularer Staat zu sein, aus dem Bewusstsein lebt, dass er im Auftrag der Bürger zu agieren hat und dass er nicht ein Lehrmeister ist, der ihnen, also uns, den Bürgern, den Sinn des Lebens zuweisen oder vorzugeben hätte, muss er seinen Anspruch auf Respekt vor dem freien Willen und der Sinnkapazität seiner Bürger besonders auf dem Feld der Erziehung zur Geltung bringen. Das heißt, der Staat muss auf diesem Feld das Recht und die Verantwortung der Menschen zur Erziehung ihrer Kinder und die unrelativierbare Aufgabe, die der Familie auf diesem Feld zukommt, in besonderem Maße respektieren. Der säkulare Staat würde mit seinen eigenen Legitimationsvoraussetzungen in Konflikt kommen, wenn er seine Aufgabe nicht darin erblicken würde, an den Grenzen halt zu machen, an denen die Eigenverantwortung seiner Bürger beginnt, sondern wenn er ihnen so etwas wie eine

säkulare Weltanschauung vorgeben oder überstülpen wollte. So bedeutsam aber das Feld der Erziehung für die Prägung unserer Einstellungen und Anschauungen ist, so unantastbar muss eben dieses Feld der Erziehung für die Manipulations- und Steuerungspotenzen des säkularen Staates bleiben. Wir müssen uns immer daran erinnern, dass an der Wiege und Wurzel des säkularen Staates im 18. Jahrhundert nicht das Bestreben der Abschaffung religiöser und ethischer Grundlagen unseres Lebens stand, sondern im Gegenteil der Kampf des Menschen um die Freiheit, seine religiösen und ethischen Überzeugungen in jeder staatlichen Gemeinschaft zur Geltung bringen und an seine Kinder weitergeben zu dürfen.

In diesem Sinne sind unsere beiden Gäste, die über die ihnen vorliegenden Themen heute Abend sprechen werden, Verteidiger sowohl unserer modernen Staats- und Gesellschaftsüberzeugungen wie auch der religiösen und ethischen Legitimationsbedingungen, die ihnen indirekt zu Grunde liegen.

Prof. Dr. Manfred Spieker

Verstaatlichung der Erziehung

Anmerkungen zur Krippenpolitik in Deutschland

I. Die Krippenpolitik

Im Juli 2006 erklärte die Bundesregierung die Herstellung eines qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren zu einem der „vordringlichsten...Zukunftsprojekte in Deutschland“.

Der erste Schritt zum Ausbau des öffentlichen Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren war das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG). Sein Ziel war die Vermehrung der Betreuungsplätze um 230.000 bis zum Jahr 2010. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes gab es 236.000 Betreuungsplätze, davon knapp 108.000 in den neuen und 128.000 in den alten Bundesländern. Die Versorgungsquote bzw. die Platz-Kind-Relation betrug damit 6,9 % in Westdeutschland und 37 % in Ostdeutschland. Das TAG strebte also eine Verdoppelung der Betreuungsplätze an. Rund 70 % der neuen Plätze sollten in Kindertagesstätten und 30 % in der Kindertagespflege geschaffen werden. Die Versorgungsquote sollte vor allem in den alten Bundesländern verbessert werden. Bis zum Herbst 2006 stieg sie denn auch auf 9,4 % in Westdeutschland und 41,1 % in Ostdeutschland. Seit Frühjahr 2007 scheint das TAG Makulatur zu sein, denn die Bundesfamilienministerin toppte seine Ziele plötzlich durch ein neues Krippenprojekt, das nicht mehr 466.000, sondern 750.000 Betreuungsplätze anstrebte. Somit sind nicht mehr nur 250.000, sondern 500.000 neue Betreuungsplätze zu schaffen, allerdings in einem um drei Jahre bis 2013 verlängerten Zeitraum. Die Versorgungsquote für Gesamtdeutschland soll durch das neue Projekt von 11,1 % auf gut 33 % verdreifacht werden.

Die Kalkulation, die die Bundesfamilienministerin mit diesem Krippenprojekt verbindet, bleibt jedoch rätselhaft. Sie passt nicht in die Logik des Elterngeldgesetzes (BEEG) vom 5. Dezember 2006. Dieses Gesetz war das erste große Projekt der Familienpolitik der Großen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel. Der Zweck des BEEG war es, den Müttern Zeit für die Betreuung und Versorgung ihres Kindes in den ersten 12 Monaten zu

ermöglichen. Damit scheiden die Kinder in ihrem ersten Lebensjahr oder – wenn der andere Elternteil sich noch zwei Monate der Betreuung des Kindes widmet – in den ersten 14 Monaten ihres Lebens als Kandidaten für eine außerhäusliche Kinderbetreuung aus. Als Klienten für die Tagesbetreuung, sei es in Kindertagesstätten, sei es bei Tagesmüttern, bleiben demnach die Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr. Die Gesamtzahl der Kinder in diesen beiden Jahren beträgt in Deutschland gegenwärtig rund 1,35 Millionen (im Jahr 2005 wurden rund 686.000 Kinder geboren, 2006 rund 672.000). So wird Deutschland auch im Jahr 2013 kaum mehr als 1,35 Millionen Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr haben. Eine Versorgungsquote von 33 % ergäbe mithin rund 450.000 Betreuungsplätze – wie im TAG avisiert. Die von Ursula von der Leyen angepeilten 750.000 Krippen- bzw. Betreuungsplätze bedeuten somit eine Versorgungsquote von rund 65%. Die Kalkulation der Ministerin geht nur dann auf, wenn sie auch die Kinder im ersten Lebensjahr entgegen der offiziellen Intention des BEEG in die öffentliche Betreuung einbezieht. Das zwingt zur Frage, welche Ziele verfolgt die Familienpolitik der Großen Koalition? Von welchen Voraussetzungen geht sie aus? Welche Tabus hütet sie?

II. Voraussetzungen

Am Anfang der familienpolitischen Debatte im Winter 2005/06 stand das Erschrecken über die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. „Demographische Zeitenwende“, „Ausgefallene Generation“, „Methusalem-Komplott“, „Schrumpfende Gesellschaft“ oder „Demographische Falle“ lauteten die Titel der einschlägigen Warnrufe. Seit 1972 hat Deutschland ein ununterbrochenes Geburtendefizit. Mit einer Geburtenrate von 1,34 verfehlt es nicht nur das bei 2,1 liegende Reproduktionsniveau der Gesellschaft, das Land unterliegt auch einem dramatischen Alterungsprozess. Ein Generationenkonflikt scheint vorprogrammiert. Wenn der Alterslastquotient, also der Anteil der über 65-jährigen an der Erwerbsbevölkerung von 15 bis 65 von 24 % am Ende des vergangenen Jahrhunderts auf 51 % 2050 steigt, wenn zehn Erwerbstätige die Rente von nicht mehr fünf, sondern zehn

Rentnern zu finanzieren haben, dann ist es um die Generationengerechtigkeit geschehen, wenn denn Generationengerechtigkeit heißt, dass eine Generation der folgenden so viele Lebens- und Entfaltungschancen hinterlässt, wie sie selbst vorgefunden hat.

Aus volks- und betriebswirtschaftlicher Sicht hat die demographische Entwicklung noch einen weiteren Aspekt. Sie führt nicht erst 2050, sondern erheblich früher zu einem erheblichen Mangel an Fachkräften. Dass gut ausgebildete Frauen wegen der Geburt eines Kindes vorübergehend oder ganz aus dem Erwerbsleben ausscheiden, scheint deshalb für viele Unternehmer eine Horrorvision zu sein. „Angesichts einer schrumpfenden und immer älter werdenden Bevölkerung kann es sich unsere Wirtschaft nicht erlauben, auf das hohe Leistungs- und Kreativpotential gerade dieser Frauen zu verzichten“, so Liz Mohn, Chefin der Bertelsmann-Stiftung, die auf dem Feld der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führend ist und auch auf das Bundesfamilienministerium einen großen Einfluss hat. Die Bundesregierung bekennt denn auch in ihrer Stellungnahme zum Siebten Familienbericht von 2006, sie habe in der Familienpolitik einen „Paradigmenwechsel“ eingeleitet, der sich an der „Erwerbsintegration von Frauen“ und am verstärkten Ausbau einer „Infrastruktur für Bildung und Betreuung“ orientiere.

Auf die Frage nach den Ursachen für die demographische Entwicklung scheint es in Deutschland gegenwärtig nur eine Antwort zu geben: Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf die Frage nach der Ursache für die Schwierigkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren, scheint es ebenfalls nur eine Antwort zu geben: Die fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Projekte zum Ausbau der Krippen, der Ganztagskindergärten und der Ganztagschulen sind mithin eine logische Konsequenz, die eine uralte sozialwissenschaftliche Erkenntnis bestätigt, dass nämlich die Wahl einer konkreten Problemlösungsstrategie stets Teil des Konstruktionsprozesses des Problems selbst ist. Das Problem des

Arbeitskräftemangels hat unter der Hand das Problem der Geburtenarmut verdrängt. Somit stellt sich die Frage nach den Zielen der Krippenpolitik.

III. Ziele

Die Familienpolitik begründete am Anfang der Regierung Merkel alle Forderungen nach einem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, nach kostenlosen Kindergärten und der steuerlichen Absetzbarkeit von privaten Kinderbetreuungs-kosten mit der Geburtenrate. Eine Wende bei der Geburtenrate sei notwendig und sie sei – wie ein Blick nach Skandinavien oder Frankreich zeige – mit einer höheren Erwerbstätigenquote der Frauen nicht nur vereinbar, sondern geradezu davon abhängig. In Norwegen betrage die Geburtenrate 1,8 und die Erwerbsbeteiligung der Frauen 86 %, in Dänemark die Geburtenrate 1,7 und die Erwerbsbeteiligung der Frauen 88 %. Jedoch zeigt bereits der Blick in das viel zitierte Frankreich, dass hohe Geburtenraten und hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen gar nicht zusammenhängen müssen. Frankreich hat mit 1,9 zwar eine wesentlich höhere Geburtenrate als Deutschland, aber die Erwerbsbeteiligung der Frauen liegt seit Jahren immer zwei Prozent unter der deutschen Quote – z. Zt. bei 57 % gegenüber 59 % in Deutschland. Ein Blick nach Ostdeutschland zeigt dann noch einmal, dass Frauenerwerbs-beteiligung und Geburtenrate in keinem Zusammenhang stehen. Ostdeutschland hat mit 75 % eine hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen, mit 1,0 aber eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Auch eine sehr hohe Versorgungsquote mit Krippenplätzen von rund 40 % hat ganz offenkundig keinen Einfluss auf die Geburtenrate, die weit unter der westdeutschen Geburtenrate von rund 1,4 liegt, obgleich die Versorgungsquote mit Ganztagsbetreuungsplätzen in Westdeutschland nur bei rund 10 % liegt. Die Forderung nach einem flächendeckenden Ausbau der Krippen muss also andere Ziele haben als eine Erhöhung der Geburtenrate.

In der politischen Debatte nur selten, umso unverhohlener aber in den einschlägigen Studien der Bertelsmann-Stiftung und verschiedener Institute

wurde die Forderung nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Mobilisierung des weiblichen Arbeitskräftepotentials begründet. Da sich das Erwerbspersonenpotential in Deutschland bis 2050 um ein Drittel verringere, müssten Frauen in erheblich größerem Umfang als bisher erwerbstätig werden.

Inzwischen scheut sich aber auch die Politik immer weniger, die „Erwerbsintegration der Frauen“ in den Vordergrund zu rücken und die angestrebte Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die simultane Vereinbarkeit zu beschränken, die konsekutive oder sequentielle Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber zu ignorieren.

Die traditionelle Familienpolitik im vergangenen halben Jahrhundert wird als zu transferlastig, ja kontraproduktiv kritisiert. Kindergeld, Erziehungsgeld, Steuerfrei-beträge und Ehegattensplitting sowie Ansprüche auf Teilzeitarbeit hätten das vollständige oder partielle Ausscheiden der Mütter aus dem Erwerbsleben erleichtert und zu einer „Vergeudung von Humankapital, ineffizienter Allokation bei der Produktion haushaltsnaher Dienstleistungen und Risiken für die sozialen Sicherungssysteme“ geführt. Die längere Unterbrechung oder gar völlige Aufgabe der Erwerbstätigkeit von Frauen wegen der Geburt eines Kindes sei „aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Verschwendung des Humankapitals“ mit einem „negativen Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum“. Ernsthaft diskutiert wird, ob Elternzeit „Schutz oder Falle“ sei. Geworben wird für die Aufhebung des Ehegatten-splittings, die Einschränkung von Elternzeit, Mutterschutz und Teilzeitanspruch und die Umlenkung der Transferzahlungen in den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Dass um das Betreuungsgeld und die Erhöhung des Kindergeldes gegenwärtig heftig gerungen wird, ist kaum erstaunlich. Vor dem Hintergrund des propagierten Paradigmenwechsels gelten Kindergeld und Betreuungsgeld als veraltete Instrumente der Familienpolitik.

Die bisherigen Maßnahmen der Familienpolitik der Großen Koalition fügen sich konsequent in diesen Paradigmenwechsel ein: Abbau der

Transferzahlungen, Ausbau der Betreuungseinrichtungen und Erhöhung der Erwerbsanreize. Das Elterngeld-gesetz hat das Erziehungsgeld kassiert, das Elterngeld von dem aus der Sicht der Familie und der Kinder sachfremden Kriterium Erwerbstätigkeit abhängig gemacht und die Bezugsdauer von 24 auf 12 bzw. 14 Monate gekürzt. Mehr noch, es bestimmt in § 15 Abs. 4, dass die Bezieher des Elterngeldes „nicht mehr als 30 Wochenstunden erwerbstätig sein“ dürfen. Was wie ein Verbot klingt, ist in Wahrheit eine Erlaubnis: Der Bezug des Elterngeldes ist mit einer Erwerbstätigkeit von bis zu 30 Wochenstunden, d. h. mit einer Vier-Tage-Woche vereinbar. Die Elterngeld beziehende Mutter bzw. der Vater soll also nach der Geburt eines Kindes nicht nur möglichst schnell wieder ins Erwerbsleben zurückkehren, sondern möglichst gar nicht voll ausscheiden. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Erwerbsintegration der Frauen würde, so die Bertelsmann-Stiftung in zahlreichen Publikationen, noch gesteigert, weil der Ausbau der Betreuungseinrichtungen neue Arbeitsplätze für Frauen schafft, da in diesen Einrichtungen - freilich zum Kummer der Genderpolitiker - in der Regel weibliches Betreuungspersonal tätig ist. So würde auch das Bruttoinlandsprodukt erhöht und der Sozialversicherung eine neue Beitragsquelle erschlossen.

Jenseits des volkswirtschaftlichen Nutzens verspricht sich die neue Familienpolitik der Großen Koalition vom Ausbau der Kindertagesstätten aber auch einen pädagogischen Nutzen. Die Kindertagesstätten gelten als die professionelle Form der Frühförderung für Kinder unter drei Jahren, als erste Stufe im Bildungssystem von 0 bis 10 Jahre. In ihnen wird, so der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung für ein kindergerechtes Deutschland für die Jahre 2005 bis 2010, der „Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiographie“ gelegt. Das Bewusstsein für die Bedeutung dieser Lebensphase sei in Deutschland aber noch unterentwickelt und „das wichtigste Defizit in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung besteht im Mangel an Betreuungsplätzen“. Die Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstellt, dass es in den Kindertagesstätten eher gelinge als in den Familien „pädagogische Standards zu verwirklichen“ und „den Kindern Sozialisationserfahrungen zu

vermitteln, die sie als Einzelkinder oft nicht machen können“. Dabei zeigen Langzeitstudien über die Auswirkungen der Krippenbetreuung auf die Schullaufbahn der Kinder bestenfalls ambivalente Ergebnisse. So stellt die 2007 veröffentlichte US-amerikanische Studie des National Institute of Child Care and Human Development (NICHD) „Are There Long-Term Effects of Early Child Care?“ fest, dass die Kinder, die in Kindertagesstätten betreut wurden, vor der Einschulung mit viereinhalb Jahren zwar kognitive und sprachliche Vorteile und einen größeren Wortschatz aufwiesen als andere Kinder, aber zugleich mehr Verhaltensprobleme gezeigt hätten. Auch in der späteren Schulentwicklung habe sich gezeigt, „more time periods of center care continued to relate to children’s development in both positive and negative ways, being associated with better memories, but also with more conflicted relationships with teachers and mothers“. Dessen ungeachtet werden Untersuchungen über die Entwicklung von Krippenkindern, meist unter Überschriften präsentiert wie „Die Mutter-Kind-Bindung leidet nicht“, „Kinderkrippen schaden einem Kind nicht“, „Kita-Kinder ohne Entwicklungsnachteile“ oder „Außerfamiliäre Betreuung für Kleinkinder kein Entwicklungsrisiko“. Dabei wird eine risikoarme Krippenbetreuung an zahlreiche Voraussetzungen gebunden, die nirgends gegeben sind, nämlich ein Betreuungs-verhältnis in den Krippen von einer Betreuerin zu drei Kindern, ein ausgewogenes Verhältnis von Familien- und Fremdbetreuung, eine Eingewöhnungsphase in der Krippe gemeinsam mit der Mutter, die um so länger sein muss, je jünger das Kind ist, und vor allem an eine besonders ausgeruhte und pädagogisch wie psychologisch geschulte Mutter für eine qualitativ hoch stehende Familienbetreuung nach der täglichen Krippenbetreuung.

Dass Pflege und Erziehung der Kinder „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ sind, wie das Grundgesetz im Grundrechtsteil in Art. 6 II feststellt, und „dass die Interessen des Kindes in aller Regel am besten von den Eltern wahrgenommen werden“, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Besteuerung von Ehe und Familie vom 10. November 1998 feststellte, weshalb das Grundgesetz den Familien „den Vorrang vor kollektiven Erziehungsformen“ zusichert, wie das

Gericht schon 30 Jahre zuvor unterstrich, diese Aussagen des Grundgesetzes wie des Verfassungsgerichts scheinen Illusionen versunkener Zeiten zu sein.

Neben der Erhöhung der Geburtenrate, der Erschließung des weiblichen Arbeitskräftepotenzials und der Professionalisierung der frühkindlichen Bildung verfolgt die Krippenpolitik der Großen Koalition noch ein viertes Ziel, das mit einem einzigen Begriff schwer zu umschreiben ist. Der so tugendhaft klingende Begriff der Geschlechtergerechtigkeit ist zur Beschreibung dieses Zieles ebenso im Gebrauch wie der neudeutsche Begriff der Genderequality. Viel treffender ist meines Erachtens jedoch der Begriff „Dekonstruktion der Familie“ oder „Emanzipation von der Familie“. Das damit umschriebene Ziel erschließt sich schnell durch den Siebten Familienbericht der Bundesregierung, der Ende April 2006 veröffentlicht wurde. Dieser Familienbericht hat Ehe und Familie als „Anachronismus“ abgeschrieben. Die Mehrheit der Menschen werde in Zukunft, so behauptet der Bericht, „unabhängig davon, ob eine Heirat erfolgte oder nicht, im Laufe ihres Lebens multiple Beziehungen mit verschiedenen Lebenspartnern erfahren“. Deshalb werde das „Modell der lebenslangen Ehe“ abgelöst von einem „Modell der 'seriellen Monogamie'“. Wie Weiblichkeit und Männlichkeit „soziale Konstruktionen“ sind, so ist auch die Familie „eine soziale Konstruktion“. Die Familie ist mithin keine von der personalen Natur des Menschen vorgegebene Beziehungseinheit verschiedener Geschlechter und Generationen, sondern ein gesellschaftlich und kulturell bedingtes Artefakt, eben eine „soziale Konstruktion“, wie die Genderideologie behauptet. Eine Konstruktion aber kann jederzeit dekonstruiert und neu konstruiert werden.

Der Siebte Familienbericht leistet zu dieser Dekonstruktion und Neukonstruktion einen wesentlichen Beitrag. Modernisierung des Familienlebens heißt in der Genderperspektive des Familienberichts Überwindung der Geschlechterrollen, permanente Reorganisation des Familienlebens. Die Begriffe „Aushandeln“ und „Vernetzen“ ziehen sich wie rote Fäden durch den Bericht. Die Familie wird als ein permanenter „Aushandlungsprozess“ beschrieben.

Moderne Familienpolitik muss deshalb „lebenslaufbezogen“ sein. Familie ist ständige Transition. Auch Scheidungen sind Übergänge im Lebenslauf. Sie müssen „entdramatisiert“ werden. Sie sind schlimmstenfalls vorübergehende Krisen. Modernes Familienleben mit Kindern ist deshalb „Vernetzungsarbeit der vielen Orte kindlicher Förderung“. Hier erhalten die Kinderkrippen ihre Bedeutung. Sie sind ganz offenkundig die Knoten im Netz vielfältiger frühkindlicher Betreuungsorte. Die Familie versteht sich nur noch als ein Ort unter anderen: Sie überträgt in der Postmoderne der Gesellschaft eine „besondere Verantwortung“ für die Betreuung der Kinder. Der umfassende Ausbau der Krippen ist in dieser Perspektive nicht in erster Linie Optimierung frühkindlicher Bildung, sondern eine logische Konsequenz der permanenten Suche nach der Maximierung des individuellen Glücks und der daraus folgenden Dekonstruktion der Familie. Ganztagsbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen sind deshalb Voraussetzungen für die Befreiung der Frau von Bevormundung und Abhängigkeit und aus dem „Herrschaftsverhältnis“ einer Ehe.

IV. Tabus

Die Frage nach dem Wohl des Kindes ist das große Tabu der gegenwärtigen Familienpolitik. Würde dieser Frage mehr Aufmerksamkeit gewidmet, würde deutlich, welche Bedeutung Ehe und Familie für die Entwicklung des Kindes, für das Humanvermögen künftiger Generationen, und damit auch für das Gemeinwohl haben. Das Humanvermögen ist die Gesamtheit der Daseins- und Sozialkompetenzen des Menschen, die dem Erwerb von beruflichen Fachkompetenzen voraus liegen. Sie werden in der frühen Kindheit – nicht nur in den ersten 12 oder 14 Monaten – in der Familie erworben. Hier werden die Weichen gestellt für die moralischen und emotionalen Orientierungen des Heranwachsenden, für seine Lern- und Leistungsbereitschaft, seine Kommunikations- und Bindungsfähigkeit, seine Zuverlässigkeit und Arbeitsmotivation, seine Konflikt- und Kompromissfähigkeit und seine Bereitschaft zur Gründung einer eigenen Familie, zur Weitergabe des

Lebens und zur Übernahme von Verantwortung für andere. Hier wird über den Erfolg im schulischen und beruflichen Erziehungs- und Ausbildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt und in der Bewältigung des Lebens mitentschieden. Nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft profitieren von diesen Leistungen der Familie, sondern auch der demokratische Staat, der auf interessierte, motivierte, partizipations- und solidaritätsbereite Bürger angewiesen ist, und nicht zuletzt die Kirchen, die für die Weitergabe des Glaubens der Familien bedürfen.

Verhaltensbiologie, Entwicklungspsychologie, Pädiatrie und neuerdings auch die Gehirnforschung haben die Bedeutung der ersten Lebensphase für die Bildung des Humanvermögens immer wieder unterstrichen – sowohl positiv im Hinblick auf die Reifung der Persönlichkeit als auch negativ im Hinblick auf das Scheitern einer solchen Reifung als Folge frühkindlicher Betreuungs- und Bindungsmängel. In der ersten Lebensphase, so der Freiburger Verhaltensbiologe Bernhard Hassenstein, „bestimmt die langsam entstehende Bindung, in wessen körperlicher Nähe sich das Kind völlig sicher fühlt. Wurde es dem Säugling und Kleinkind durch mehrfachen Verlust von Bezugspersonen oder durch fortdauernde Wechselbetreuung verwehrt, eine feste Vertrauensbindung aufzubauen, so nistet sich allgemeine Unsicherheit und Ängstlichkeit ein. Diese Angst dämpft oder unterdrückt dann den gesamten Verhaltensbereich Erkunden/Spielen/Nachahmen/schöpferisches Erfinden, also das Lernen durch aktiven Erfahrungserwerb und den Gewinn von Selbständigkeit und angstfreiem sozialen Verhalten. Auch die Kleinkindzeit,...so sehr sie...als Entwicklung von Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu verstehen ist, lebt somit vom Erhaltenbleiben der gewachsenen Bindungen; der große Aufbruch verkümmert oder scheitert, wenn das Kleinkind keine Geborgenheit findet und keine gesicherte Zuflucht in denjenigen erhalten bleibenden Bindungen besitzt, in die es schicksalsmäßig hineingewachsen ist...Die grundlegenden Bindungen zu erhalten, ...ist daher eine humane Aufgabe“. Hassenstein zieht aus diesen Erkenntnissen die in der gegenwärtigen Krippenpolitik hartnäckig ignorierte Konsequenz, dass Familienpolitik vor allem an „Schutz, Stabilisierung, Förderung und Bereicherung des Zusammenhalts und der

Lebensgemeinschaft der Familienmitglieder“ orientiert sein muss, und dass sie nicht als Instrument der Gesellschaftspolitik missbraucht werden darf.

Was Verhaltensbiologie, Entwicklungspsychologie und Pädiatrie schon vor mehr als einer Generation feststellten, hat die Hirnforschung in den vergangenen Jahren bestätigt: „Frühe emotionale Erfahrungen werden im Gehirn verankert, sichere emotionale Bindungsbeziehungen sind die Voraussetzungen für eine optimale Hirnentwicklung. Störungen stellen für Kinder Belastungen dar, die sie umso weniger bewältigen können, je früher sie auftreten. Sie führen zu einer massiven und lang anhaltenden Aktivierung stressintensiver Regelkreise im kindlichen Gehirn. Daraus müsste sich dringend eine Stärkung elterlicher Erziehungskompetenz ergeben“. Keine Kollektivbetreuung von Kleinkindern, mithin keine Kindertagesstätte kann das auch nur annähernd ähnlich intensiv leisten wie die Mutter oder der Vater oder – stehen sie, aus welchen Gründen auch immer, nicht zur Verfügung - eine feste Bezugsperson, zu der das Kind eine stabile Beziehung des Vertrauens hat, die aber immer nur die zweitbeste Lösung bleibt.

Die Familienpolitik hat deshalb der Versuchung zu widerstehen, schlechte, von den Erziehungsaufgaben überforderte Mütter mit guten Bezugspersonen unter Tagesmüttern oder Erzieherinnen zu vergleichen. Der Familienbericht widerspricht auch diesen Erkenntnissen vehement. Diese „mutterzentrierte“ Einstellung entspringe einer überholten Geschlechterperspektive. Es sei bekannt. „dass Kinder nicht die leibliche Mutter brauchen,...um verlässliche Beziehungen aufbauen zu können“. Dafür würden „feste Bezugspersonen“ ausreichen, die aber „um der Entwicklung emotionaler Autonomie willen möglichst zahlreich sein sollten“. Die Autoren des Berichts haben den Widerspruch, den diese Behauptung enthält, offenkundig nicht einmal bemerkt. Wie soll dem Kind eine „feste“ Bezugsperson zuteil werden, wenn die Bezugspersonen „möglichst zahlreich“ sein sollen?

Zu den unzureichend reflektierten Problemen einer genderorientierten Familienpolitik gehört auch die Frage nach der Bedeutung der Ehe bzw. der Scheidung für die Entwicklung des Kindes und für das Gemeinwohl. Dass

Kinder, die in intakten Familien aufwachsen, deren Eltern verheiratet und treu sind und mit einem niedrigen Konfliktniveau leben, in aller Regel deutlich bessere Entwicklungschancen haben als Kinder, deren Eltern nicht verheiratet oder geschieden sind, ist in zahlreichen Untersuchungen in verschiedenen Ländern und Kulturen nachgewiesen worden. Bei Kindern unverheirateter oder geschiedener Eltern sind die Armutsraten, die Schulabbrecherquoten, die Kriminalitäts- und Selbstmordraten, die Drogensucht und bei Mädchen die Frühschwangerschaften signifikant höher als bei Kindern mit verheirateten leiblichen Eltern. Robert P. George und Jean Bethke Elshtain haben 2006 für die USA eine Fülle von sozialwissenschaftlichen Belegen geliefert. Das Gemeinwohl zahlt für den Niedergang einer stabilen Ehekultur einen hohen Preis. Der Leviathan springt in die Bresche. Er wird umso stärker, je schwächer die Ehekultur ist.

Würde die Familienpolitik ihre Genderfixierung aufgeben und die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse über den Zusammenhang von Ehe, Familie und Kindeswohl berücksichtigen, müsste sie ganz andere Schwerpunkte setzen als sie gegenwärtig setzt. Sie müsste sich wieder an Art. 6 GG orientieren, Ehe und Familie einen „besonderen Schutz“ angedeihen lassen und Pflege und Erziehung der Kinder als das „natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ anerkennen. Die Familienpolitik könnte dann auch von jenen Ländern lernen, die in den vergangenen zehn Jahren radikale Reformen in ihrer Familienpolitik vollzogen haben. Österreich, Norwegen, Finnland und Dänemark haben die Investitionen in den Ausbau staatlicher Kinderbetreuungseinrichtungen gebremst und ergänzt um direkte Transferleistungen in beträchtlicher Höhe und von beträchtlicher Dauer an jene Eltern, die ihre Kinder zuhause betreuen. Ziel dieser Reformen war und ist es, den Familien mehr Zeit für die Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen und den Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen familiärer und institutioneller Betreuung zu geben. Die Reformen haben zu einem Rückgang der Erwerbsbeteiligung von Müttern kleiner Kinder und zu einer Verschiebung der mütterlichen Erwerbstätigkeit von Vollzeitstellen zu Teilzeitstellen geführt.

Der Siebte Familienbericht ignoriert bei seinem Blick in andere Länder Norwegen, Finnland und Österreich. Sie passen mit ihren Reformen nicht in seine Genderperspektive.

V. Leitlinien einer subsidiären Familienpolitik

Die Familienpolitik in Deutschland bedarf erheblicher Korrekturen. Diese Korrekturen in Angriff zu nehmen setzt einen Verzicht auf die Instrumentalisierung der Krippenpolitik für die Arbeitsmarktentwicklung, den Pisa-Wettlauf oder die Genderpolitik voraus. Familienpolitik ist nur dann eine Politik für die Familie, wenn sie akzeptiert, dass die Familie als eine auf der Ehe beruhende Beziehungseinheit verschiedener Geschlechter und Generationen „ihre Legitimation in der menschlichen Natur und nicht in der Anerkennung von Seiten des Staates hat“. Deshalb befinden sich Ehe und Familie im Grundgesetz auch im Grundrechtsteil. Eine Familie zu gründen, ist ein Menschenrecht, das der Staat nicht nur zu respektieren, sondern zu schützen hat. Die Familie ist der Anfang zwischenmenschlicher Beziehungen. In ihr lernt der Mensch, „was lieben und geliebt werden heißt, und was es konkret besagt, Person zu sein“. Die Pflichten der Familienmitglieder sind deshalb „nicht vertraglich festgelegt, sondern ergeben sich aus dem Wesen der Familie selbst, die auf einem unwiderruflichen Ehebund gegründet und von Beziehungen strukturiert ist, die nach der Zeugung oder Adoption von Kindern aus diesem erwachsen“. In der Familie erfährt der Mensch, dass die gegenseitige Hingabe in allen Dimensionen menschlicher Existenz, dass Liebe und Treue der letzte, nicht mehr hinterfragbare Grund für das Gelingen des Lebens sind. Vor dieser nicht gerade neuen Erkenntnis ist im Familienbericht nichts zu spüren, ja der Bericht erweckt an nicht wenigen Stellen den Eindruck, die Differenzierung und gegenseitige Ergänzung der Geschlechter nicht nur zu ignorieren, sondern abzulehnen. In seiner Genderorientierung bewegt er sich am Rande einer Leugnung der sexuellen Identität des Menschen.

Die Familie ist kein „Aushandlungsprozess“, sondern die in der personalen Natur des Menschen wurzelnde erste Beziehungseinheit, die „Grund- und Lebenszelle der Gesellschaft“. Ihr Schutz und ihr Wohlergehen sind die Grundlage des Gemeinwohls. Ihr muss der „Vorrang vor der Gesellschaft und dem Staat“ zukommen. Dies hat Konsequenzen für die Erziehung nicht nur, aber gerade auch in der ersten Lebensphase, die für die Entwicklung des Kindes und das Gelingen seines eigenen Lebens so wichtig ist. Die Familie „spielt für die Erziehung der Kinder eine ursprüngliche und unersetzliche Rolle“. Recht und Pflicht der Eltern, ihr Kind zu erziehen, ergeben sich aus ihrer Rolle bei der Weitergabe des menschlichen Lebens. Dieses Recht und diese Pflicht sind „unabgeleitet und ursprünglich...unersetzlich und unveräußerlich, weshalb sie anderen nicht völlig übertragen noch von anderen in Beschlag genommen werden können.“ Daraus folgt, dass Eltern im Hinblick auf die Pflicht zur Erziehung ihres Kindes nicht vor der Alternative stehen „selbst erziehen“ oder „in eine Betreuungseinrichtung geben“. Mit der Zeugung eines Kindes übernehmen sie auch die Verantwortung für seine Erziehung. Auf der Ebene der Verantwortung für die Erziehung gibt es deshalb keine Wahlfreiheit. Eltern sind und bleiben in der Regel nicht nur die ersten Erziehungsberechtigten, sondern auch die ersten Erziehungsverpflichteten ihrer Kinder. Erst auf der Ebene der Mittel stützen sich die Eltern auf staatliche, kirchliche oder selbst gegründete Einrichtungen, die ihnen helfen, ihre Erziehungsverantwortung wahrzunehmen. Sie sind nicht die einzigen Erzieher ihrer Kinder, aber sie bleiben immer die ersten Erzieher.

Eine Konsequenz, die sich aus dieser Vorrangstellung der Familie für die Familienpolitik ergibt, ist das Subsidiaritätsprinzip, das dem Staat verbietet, Aufgaben an sich zu reißen, die die Familie selbst erledigen kann. Dem Subsidiaritätsprinzip ist allerdings nicht nur eine negative, den Staat beschränkende, sondern auch eine positive, ihn aktivierende Dimension eigen. Es wäre deshalb ein Missverständnis, aus ihm ein Handlungsverbot für den Gesetzgeber abzuleiten. Es gebietet ihm aber, in allen Maßnahmen „den Vorrang und die Ursprünglichkeit der Familie zu respektieren“ und da, wo dieser Vorrang und die Handlungsfreiheit der Familie gefährdet sind, der

Familie zu helfen, sie wiederzugewinnen statt sich selbst an deren Stelle zu setzen. Wenn also die Familie eine ihr eigene Aufgabe nicht erfüllen kann, hat der Staat gemäß dem Subsidiaritätsprinzip so zu helfen, dass die Familie wieder in die Lage versetzt wird, diese Aufgabe wahrzunehmen. Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion um die Kinderbetreuung in der ersten Lebensphase, um Krippen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergeben sich aus dem Subsidiaritätsprinzip folgende Leitlinien:

1. Transferzahlungen sind unersetzbar. Sie sind Investitionen in das Humanvermögen der Gesellschaft, nicht soziale Stütze oder gar „Fallen“ für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Sie sind Hilfen, die der Familie die Wahrnehmung der ihr eigenen Aufgaben erleichtern. Kindergeld, Erziehungs- bzw. Elterngeld, Erziehungs- bzw. Elternzeit, Berücksichtigung von Ehe und Familie im Steuerrecht und Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht sind deshalb notwendig. Sie werden erst dann der Erziehungsleistung gerecht, wenn sie nicht nur symbolisch sind wie das erst für 2013 geplante und so heftig umstrittene Betreuungsgeld, sondern in Richtung eines Erziehungsgehaltes weiterentwickelt werden und Erziehung als Beruf anerkennen. Erst dann lassen sie der Familie die Freiheit, zwischen einem Familienmanagement – in der Regel durch die Mutter in den ersten drei Lebensjahren des Kindes – und einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit zu wählen. Dringend notwendig ist endlich eine Reform der Alterssicherung, die die Kinder in den Generationenvertrag einbezieht und sie sowohl bei den Beiträgen als auch bei den Leistungsansprüchen berücksichtigt. Kinderfreibeträge im Steuerrecht haben demgegenüber mit Familienpolitik nichts zu tun, obwohl das Bundesfamilienministerium nicht müde wird, dies der Öffentlichkeit vorzurechnen. Sie sind eine bloße Konsequenz des Gebotes der Steuergerechtigkeit, die gebietet, den Steuerpflichtigen nach dem Maße seiner Leistungsfähigkeit zu belasten und das steuerpflichtige Einkommen um den existenznotwendigen Bedarf der Kinder zu vermindern.

2. Eine subsidiäre Familienpolitik hat sich gewiss auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kümmern. Sie hat sich aber von ihrer Fixierung auf die simultane Vereinbarkeit zu lösen. Ihr Engagement hat ebenso, ja noch mehr der sequentiellen oder konsekutiven Vereinbarkeit zu gelten. Hinter der

Formel „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ darf nicht länger die Drohung stehen: „Wehe denen, die sich noch selbst ihren Kindern widmen“. Wer den Bedingungen für die optimale Entwicklung des Kindes Rechnung trägt, kann nur zu dem Schluss kommen, dass die simultane Vereinbarkeit von Familie und Beruf die zweitbeste Lösung ist. Die sequentielle ist kindgerechter. Aber die simultane kann aus vielfältigen Gründen für junge Eltern notwendig sein. Für Eltern, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse zu doppelter Erwerbstätigkeit gezwungen sind, die ihre Ausbildung oder ihr Studium noch nicht abgeschlossen haben oder die – in gewiss seltenen Fällen – mit der Erziehung ihres Kindes dauerhaft überfordert sind, ist eine Kindertagesstätte eine große Hilfe. Ein Ausbau der Kindertagesstätten ist deshalb nicht a priori ein Sündenfall. Er wird es aber dann, wenn er die Krippen funktionalisiert für die Bevölkerungspolitik, die Arbeitsmarktpolitik, die Bildungspolitik oder die Genderpolitik.

Die bessere, weil kindgerechtere Lösung der Vereinbarkeitsproblematik, wäre die sequentielle Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine subsidiäre Familienpolitik hat Müttern nach einer kinderbedingten Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit zu helfen, wieder in ihren früheren oder einen anderen Beruf einzusteigen. Dies entspräche auch den Wünschen der betroffenen Frauen, die nach einer Untersuchung des Ipsos-Instituts vom März 2007 nur zu 17 % der Meinung sind, dass Kinder in einer Krippe am besten aufgehoben sind, zu 81 % aber die Erziehung zuhause durch die Eltern für das Beste halten. Die sequentielle Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bei Beachtung des Subsidiaritätsprinzips aber nicht nur Aufgabe des Gesetzgebers, sondern auch der Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft.

Hier sind dann auch die Tarifpartner und die Unternehmen selbst gefordert. Die Unternehmen können durch die Kontaktpflege zu ihren Mitarbeiterinnen während einer Erziehungspause – z. B. durch Einschluss in den Informationsfluss, durch Angebote zur Urlaubsvertretung oder Fortbildung – sowie durch die ganze oder teilweise Berücksichtigung der Erziehungszeit bei der Berechnung der betrieblichen Rente die Inanspruchnahme einer Erziehungspause und die Wiedereingliederung in den Beruf erleichtern.

Über die hier aufgelisteten organisatorischen Maßnahmen hinaus erfordert ein familienfreundliches Unternehmen auch einen Einstellungswandel, für den das Institut der Deutschen Wirtschaft eine schöne Orientierung liefert. In seinem Dossier „Beruf und Familie“ gibt es den Unternehmen zu bedenken, dass „Mütter oft mehr zu bieten (haben) als kinderlose Frauen: Die in der Familienphase erworbenen überfachlichen Kompetenzen wie Organisationstalent, Belastbarkeit, Problemlösungs- und Konfliktfähigkeit sowie Verhandlungsgeschick qualifizieren sie für Führungsaufgaben im Betrieb. Verschiedene Studien belegen, dass Mitarbeiter mit Kindern nicht nur belastbarer bei Stress sind, sondern auch teamfähiger, verantwortungsbewusster und gelassener.“

3. Eine subsidiäre Familienpolitik hat nicht nur Familienmitgliederpolitik, sondern auch Institutionenpolitik zu sein. Sie hat die Familie als Beziehungseinheit, als „Institut“ im Auge zu behalten, wie es Art. 6 GG gebietet. Sie hat den seit den 70er Jahren zu beobachtenden Prozess der Deinstitutionalisierung von Ehe und Familie zu korrigieren und den Bürgerstatus der Familie zu festigen. Von den möglichen Konsequenzen einer solchen Anstrengung für die Rechtsordnung sei nur noch eine erwähnt: das Wahlrecht. Wer den Status der Familie stärken will, der muss sich der Frage des Familienwahlrechts stellen.

Das Recht, in regelmäßigen Abständen die Regierenden zu bestimmen und dafür unter mehreren Kandidaten auswählen zu können, ist in der Demokratie das Privileg des Bürgers. Dieses Recht muss auch der Familie zuteil werden. Welchem der verschiedenen Modelle eines Familienwahlrechts – Herabsetzung des Wahlalters, Mehrstimmenmodell oder Stellvertretermodell – der Vorzug gegeben wird, ist eine öffentliche Debatte wert. Das Wahlrechtsmodell, mit dem sich diese Exklusion vermeiden und auch eine Kollision mit dem rechtsstaatlichen Grundsatz „one man - one vote“ ausschließen lässt, ist ein Kinderwahlrecht, das die Eltern treuhänderisch bis zum Erreichen des gesetzlichen Wahlalters wahrnehmen, wie sie ja auch andere Rechte des Kindes z. B. auf Ausbildung treuhänderisch für das Kind regeln. Ein solches Familienwahlrecht würde der

Verantwortung der Eltern für die Kinder entsprechen und, selbst wenn es ein individuelles Recht der einzelnen Familienmitglieder bliebe, den Bürgerstatus der Familie in den vergreisenden Gesellschaften stärken. Eine subsidiäre Familienpolitik, die diese Leitlinien beachtet, müsste also nicht Abschied nehmen von einem Ausbau der Krippenplätze. Sie müsste diesen Ausbau aber in den Dienst der Familie und vor allem des Kindes stellen statt in den Dienst der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Geschlechterpolitik. Sie müsste die Entmündigung der Familie beenden und stattdessen den Bürgerstatus der Familie stärken im Interesse des Gemeinwohls und der Kultur des Lebens. Für beide ist die Familie der erste Akteur.

Jürgen Liminski

Meinungsvielfalt und Meinungsdictat in der Familienpolitik

Es sind heute hier schon Zahlen und Daten genannt worden, die auf unser Thema hinführen – auf die Meinungen, wirklichen Sachverhalte und das Meinungsdictat beim Thema Familienpolitik. Ich werde das Thema in den kommenden 45 Minuten in fünf Warnungen oder Geboten, sozusagen in einem halben Moses, analysieren und dann, sechstens die leninsche Frage stellen: Was ist zu tun?

Erste Warnung: Vorsicht vor den Zahlenspielen der Ministerin, Beispiele der Manipulation.

Die Zahl der Geburten in Deutschland steigt, jedenfalls bis September letzten Jahres schien es so. In den ersten drei Quartalen 2008 zählte man rund 3400 Kinder mehr. Die Familienministerin hielt das öffentlich für eine „Trendwende“ und ihre publizistischen Hilfstruppen in der ZEIT, und bei der Süddeutschen Zeitung zumal, jubelten die Zahl sogar zu einer „schwungvollen Trendwende“ hoch. Das war nicht nur übertrieben, sondern Vorspiegelung falscher Tatsachen. Und zwar in der Begrifflichkeit ebenso wie in den absoluten Zahlen.

Zu den Begriffen: Bei Abweichungen in einer Größenordnung von unter einem, zwei Prozent sprechen die Demographen von Schwankungen im Zufallsbereich. Bei den Geburtenzahlen bis September 2008 liegen sie deutlich unter einem Prozent. Von einer Trendwende konnte also keine Rede sein. Zu den Zahlen: 2008 war ein Schaltjahr, hatte also einen Tag mehr, also rund 1700 Geburten zusätzlich. Da halbiert sich schon mal die Jubelzahl der Ministerin und ihrer ideologischen Truppen. Und hätte die Phalanx, um nicht zu sagen Falange, noch eine Woche gewartet, dann hätte sie in den Tabellen des Statistischen Bundesamtes nachlesen können, dass die Zahl der Geburten im Oktober 2008 nicht gestiegen, sondern um 7701 gesunken ist im Vergleich zum Oktober 2007 und insgesamt jetzt im Minusbereich liegt. Dies führte sich im November fort, so dass man im Gesamtjahresvergleich jetzt schon deutlich im Minus liegt. Die „Trendwende“ löst sich in Missfallen auf, aber darüber redet natürlich kaum einer mehr.

Die Wirtschaftskrise verstärkte den Wunsch nach Kindern, meint die Ministerin, „wenn die Wirtschaft wankt hat die Familie Konjunktur“. Für wie dumm hält sie die Bürger? Die Geschichte lehrt das Gegenteil. Man schaue sich die Statistiken der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts oder auch die der Nachkriegszeiten an. Sie belegen: Wirtschaftskrisen lassen die Geburtenzahlen einbrechen. Das ist auch evident. Denn ein entscheidender Faktor für die Familiengründung ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Die ist in Krisenzeiten natürlich geringer. Das ist auch ohne historische Kenntnisse einleuchtend. Nicht so für Frau von der Leyen. Sie hat offenbar ihr eigenes Geschichtsbild. Die Wahrheit kann warten.

Wer dennoch mit der Wahrheit kommt, der wird offiziell gedeckelt. Entweder man hängt ihm ein Miesmachermäntelchen um oder man verbreitet mit der Autorität des Amtes und dem Anschein der Wissenschaft wieder falsche Zahlen. So geschehen bei der Vorstellung des Familiensurveys. Da wurde einfach behauptet, die

Geburtenzahlen in den neuen Bundesländern näherte sich wieder dem westdeutschen Niveau, während sie in Tschechien auf dem niedrigen Stand von einem Kind pro Frau verharrte und das wegen der privaten Betreuungssituation. Im Klartext: Da wo der Staat die Betreuung übernimmt, steigt die Geburtenquote, da wo die Familien selbst betreuen, sinke oder verharrte sie auf niedrigem Niveau. Der Haken an der Sache: Die Geburtenzahlen in Tschechien steigen und lagen 2007 mit 1,5 Kindern pro Frau über der Zahl in Ostdeutschland. Wir haben es hier erneut mit amtlichen Falschmeldungen zu tun. Das erinnert an vergangene Zeiten und passt gut zu dem Krippenwahn a la DDR. Der Hintergrund ist klar: Die EU-Ratspräsidentschaft Tschechien stellt ganz offiziell die Betreuungsideologie in Frage.

Die Ideologie hat Methode. Für sie hat die Wahrheit auch nur einen untergeordneten Stellenwert, zu Ideologen passt der Satz, den Lenin an seinen Freund Tschitscherin schrieb: „Die Wahrheit zu sagen ist eine kleinbürgerliche Gewohnheit“. Damit gibt man sich freilich nicht ab, wenn es um eine höhere Sache, um die Sache des radikalfeministisch, das heißt gendergerecht zu erziehenden Volkes geht. Da wird halt gejubelt, solange es die Zahlen irgendwie hergeben und eisern geschwiegen, wenn sie es nicht tun. Und im Zweifelsfall werden sie dann eben zurechtgebogen. Das scheint mittlerweile zur Gewohnheit zu werden.

Ist das alles schon Lüge? Nach der klassischen Definition von Augustinus ist eine Lüge „eine Aussage mit dem Willen, Falsches auszusagen“ (mendacium est enuntiatio cum voluntate falsum enuntiandi). Das sei der Familienministerin natürlich nicht unterstellt. Aber angesichts der Jubelrufe über die Geburtenzahlen in den ersten drei Quartalen 2008 und der tuschartigen Begleitmusik in manchen Medien kommt einem der Buchtitel „Das unbrauchbare Wissen“ des französischen Publizisten François Revel in den Sinn. Der erste Satz in diesem medienkritischen Buch lautete: „Die Lüge ist die stärkste aller Kräfte, die die Welt beherrschen.“ Das mag manchem Zeitgenossen übertrieben erscheinen. Revel dachte auch nicht an die Lüge im augustinischen Sinn, sondern an die Halb- und Viertelwahrheit, die Verzerrung, die Beschönigung, die Vorverurteilung. Da stellt sich ja auch schon die Frage nach dem Nutzen.

Weitere Beispiele: Als vor noch nicht einmal zwei Jahren der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber in der Krippendebatte ein Junktim herstellte zwischen dem Recht auf einen Krippenplatz (was die Vervielfachung der Krippenplätze voraussetzt) und einem Ersatzgeld für Eltern, die ihr Kind selber erziehen und deshalb auf den Krippenplatz verzichten wollten, da ging ein Aufschrei des Entsetzens durch die Medien. Man wiederholte das von Grünen und SPD-Politikern in die Debatte geworfene Wort von der Herdprämie und schmähte den bayerischen Ministerpräsidenten, obwohl Stoiber mit diesem Junktim nur der Wahlfreiheit eine schmale Gasse zur realen Möglichkeit eröffnen wollte. Denn ohne das Junktim würde die Wahlfreiheit noch mehr Schlagseite bekommen und vollends zur Krippenoption stilisiert. Dennoch schrieb die Süddeutsche Zeitung am 16.5. 07: „Nur um die konservativen Anhänger der Union zu befrieden, wird eine Gerechtigkeitslücke erfunden, die es nicht gibt. Und es wird ein kostspieliger Bonus für Eltern in Aussicht gestellt, die keine Krippen nutzen wollen“. Das ist eines jener Blitz-Urteile aus dem Tal der Ahnungslosen, wie man sie in den Medien beim Thema Familie häufig findet. Dass das Bundesverfassungsgericht diese Gerechtigkeitslücke in seinem Betreuungsurteil 1999 bereits konkret thematisiert und die Große Koalition genau diese Gerechtigkeitslücke noch erheblich erweitert hat, indem sie die

wirtschaftliche Basis von Familien mit Kindern deutlich geschmälert hat, wird schlicht ignoriert.

Auch das Handelsblatt ignoriert die tatsächliche Lage, redet von „familienpolitischem Unfug“ und listet eine Reihe der gängigen Argumente gegen den Erziehungsbonus auf. Da heißt es: „Die Befürworter der Herdprämie verweisen darauf, dass es ein ähnliches Extrageld auch für Mütter in einigen skandinavischen Ländern gibt, die auf das dort bereits heute flächendeckend ausgebaute öffentliche Betreuungsangebot verzichten. Kurzum: Im 184 Mrd. Euro schweren deutschen Familienleistungsausgleich gibt es bereits heute weit aus mehr Vergünstigungen für Frauen, die ihre Kinder zu Hause erziehen, als für Mütter, die oft aus schierem Geldmangel nebenher arbeiten gehen müssen“. Es ist hier nicht der Ort, um all die Vorurteile und die Ignoranz der Kollegen ad absurdum zu führen. Es reicht auch schon, wenn man den Mythos von den 180 Milliarden bloss-stellt. Er schmilzt auf knappe 40 Milliarden zusammen, denn das meiste wird von den Eltern selber aufgebracht. Weitere Beispiele zu diesem Thema finden Sie im Buch „Die verratene Familie“ auch mit den Richtigstellungen.

Hier kann nur summarisch auf die Schnell-und Vorurteile eingegangen werden. Erstaunlich ist die Ignoranz der Journalisten. Es gibt weder genügend „gut geführte Krippen“, von denen immer die Rede ist, noch ist keineswegs bewiesen, ob Kitas und Kindergärten generell besser sind, – die wenigen vorliegenden Untersuchungen legen eher das Gegenteil nahe. Die Qualitätsdebatte hat, obwohl sie dringend nötig ist, in Deutschland noch gar nicht richtig begonnen. Auch die Argumentation zur Finanzierbarkeit strotzt von besserwisserischem Unwissen. Die angeblich üppige Förderung von Familien im Steuerrecht oder in den Sozialversicherungen ist ein Mythos, den das Bundesverfassungsgericht bereits wiederholt entzaubert hat, aber offenbar haben die Kontrolleure der öffentlichen Meinung die entsprechenden Urteile gar nicht gelesen. Sonst würden sie auch nicht so locker von der „Benachteiligung berufstätiger Mütter“ schreiben. Auch sonst scheint der juristische Sachverstand beim Familienthema nicht besonders geschärft zu sein. Sonst wäre schon manch einer auf die Idee gekommen, dass es gegen den Gleichheitssatz verstößt, nur eine Form der Betreuung zu fördern und die andere nicht, obwohl letztere vom Grundgesetz als besonders förderungswürdiges und „zuvörderst den Eltern“ zugesprochenes Recht anerkannt ist. Auch die wissenschaftlichen Ergebnisse der Hirn-und Bindungsforschung scheinen den journalistischen Experten und ihren politischen Mentoren fremd zu sein, sonst würden sie nicht so oberflächlich über Integration und soziale Kompetenz reden, die Kleinstkinder angeblich in Kitas und Kindergärten erführen. Und die Grenzen des für immerhin einige Millionen Familien Erträglichen, das heißt die Grenzen der Toleranz, überschreiten die unkontrollierten Kommentatoren, wenn sie den Eltern pauschal keinerlei Erziehungskompetenz zutrauen, in Vater Staat dagegen eine Kontrollinstanz sehen, in die man unbegrenztes Vertrauen setzen kann. Diese Obrigkeitshörigkeit hat Geschichte in Deutschland.

Ein eklatantes Beispiel dafür liefert der Spiegel in Nummer 21, Seite 36f. Dort wird mit der üblichen Unterstellungsmethode suggeriert, dass der Erziehungsbonus Kindern aus unteren Bildungsschichten schade und dass Stoiber ihn nur einführen wolle, um den eigenen Lebensentwurf zu verteidigen. Das Wort Wahlfreiheit kommt in dem Zwei-Seiten-Artikel nicht vor. In all diesen Artikeln wird „brutalstmöglich“ eine Meinung vertreten: Eltern sind erziehungsunfähig und missbrauchen das Geld;

Sprachförderung oder soziale Kompetenz erfahren die Kinder nur im Kollektiv. Der Spiegel schreibt von einer „wachsenden Zahl von Eltern, die mit der Erziehungsarbeit völlig überfordert sind“. Als Beleg wird der Sozialwissenschaftler Hurrelmann genannt. Der aber korrigiert seine frühere persönliche Einschätzung von 15 Prozent indirekt, indem er nun von „einem Prozent der Mütter und Väter“ spricht, das „sozial aus dem Ruder gelaufen“ sei. Das reicht dem Spiegel, um die anderen 99 Prozent kollektiv zu bestrafen. Das ist wie im Krieg: Wenn die Partisanen nicht gemeldet werden, wird das ganze Dorf erschossen. Ob man bei Verfehlungen von Ärzten oder gar Journalisten auch so verfahren würde?

Diese Beispiele sind symptomatisch für einen großen Teil der Journalisten und Politiker, die sich am familienpolitischen Diskurs beteiligen. Man könnte sie in Anlehnung an die Ereignisse vor dem G8-Gipfel von Heiligendamm den „schwarz-roten Block“ nennen oder, um der politischen Farbenlehre gerecht zu werden, den schwarz-rot-grünen-gelben oder auch den bunten Block, jene Autonomen, die verumumt aus der sicheren Deckung des medialen Mainstreams ihre Steine auf die Familie werfen. Ihre Urteile gehen über den üblichen Zynismus in den Redaktionen hinaus. Der „bunte Block der autonomen Familiengegner“ sucht nicht nach Wahrheit und Sachkenntnis, sondern propagiert seine Ansichten und Meinungen. Bezeichnend dafür ist, dass die Pressemitteilungen des Familiennetzwerks oder von Familienverbänden trotz ihrer Sachlichkeit und Nachprüfbarkeit von den Medien kaum aufgegriffen werden. Der bunte Block der autonomen Familiengegner ist mit dem medial-politischen Establishment nicht identisch. Aber er übt innerhalb des Establishments einen bestimmenden Einfluss aus, nicht selten übt er sich in schlichter Meinungsdictatur.

Gegen diese Art Diktatur der veröffentlichten Meinung kommt die wirklich öffentliche Meinung nicht an. Hier bleibt es bei sachlich nüchternen aber kaum gedruckten Presse-Erklärungen von Verbänden, Vereinen, Netzwerken. Aber wenn man die Mitgliederzahl der Verbände und der mit ihnen sympathisierenden Menschen addiert, kommt man auf mehrere Millionen Menschen. Sie sind Teil der Öffentlichkeit. Ein Teil, der von den Medien nicht oder kaum wahrgenommen wird.

2. Warnung: Vorsicht vor der Vereinnahmung der Wissenschaft – oder : Politik und Wissen – zwei Welten

Auch in puncto Wissenschaft wird manipuliert. Auch hier frönt man der ideologischen Auslese und selektiven Wahrnehmung. Überwiegend berichtet wird von Studien, die die eigene Ideologie bestätigen. Meist ignoriert werden dagegen die auf hohem Niveau abgehaltenen, wissenschaftlichen Tagungen, etwa die die Hellbrügge-Stiftung seit Jahren Anfang Dezember an der Universität München abhält. Das Interesse an den Ergebnissen der Bindungsforschung ist enorm. Trotz eines geringen Werbeaufwands kommen seit zwei Jahren mehr als tausend meist junge Frauen. Aber Wissenschaftler sind eben Wissenschaftler und keine Politiker, ihre Erkenntnisse werden nur dann von der Politik wahrgenommen, wenn diese meint, dass sie in den Mainstream oder die jeweilige Partei-Ideologie passen. Das ist bei den Erkenntnissen über Bindung, Neurobiologie und Entwicklungspsychologie nicht der Fall und deshalb gehen die meisten Politiker und Journalisten auch ungerührt über die geradezu revolutionären Ergebnisse der Forschung in diesen Bereichen hinweg. Das ist der Unterschied zwischen Science und Science-fiction, die reale Welt des Menschen und seiner Bedürfnisse verträgt sich nicht mit der virtuell-

voluntaristischen Welt der Politik. Hier, an der Verbindungsstelle zwischen Wissenschaft, insbesondere der Bindungsforschung, und öffentlicher Meinung wird der ansonsten so breite Informationsfluß zum Rinnsal. Die Schleusen der Ideologie und der Ignoranz lassen nur durch, was dem Mainstream des medial-politischen Establishments gefällt. Alles andere wird, vorwiegend in Talkshows, mit ebenso dummen wie inhaltslosen Schlagworten bedacht wie „Familienbild von gestern“, traditionell und überholt, nicht mehr zeitgemäß, etc. Man wundert sich. Es gilt auch bei so genannten Intellektuellen im Bereich des Wissens der Maßstab des Zeitlichen (gestern-heute-morgen) und der Abstimmung (Mehrheit-Minderheit) und nicht mehr das Kriterium des Wirklichen (richtig-falsch) oder der Logik.

Das erklärt auch, warum wissenschaftliche Daten und Vorträge erst gar nicht wahrgenommen werden, solange nicht eine Mehrheit sie auf die Bühne der veröffentlichten Meinung trägt. Und wenn eine nicht genehme Mehrheit Gestalt anzunehmen droht, dann greift ein anderes Gesetz des medial-politischen Establishments: Die Verschwörungstheorie. So versuchte der Spiegel immerhin in einem mehr als zweiseitigen Artikel das für den bunten Block der autonomen Familiengegner lästige Familiennetzwerk in das Zwielficht einer Untergrundbewegung zu tauchen, indem er behauptete, das Netzwerk unterwandere die Medien (Nummer 20/07, S 104ff.). Dass die Mitglieder des Netzwerks von den Medien um Stellungnahmen und Teilnahme an Talkshows gebeten worden waren und auch mehrfach abgesagt hatten, blieb unerwähnt. Was zählte, war die Präsenz der Familophilen in den Medien und das erschreckte die Meinungsführer. Von den durchaus politischen Aussagen und Vorträgen eines international hochkarätig besetzten Kongresses zur Bindungsforschung, den das Netzwerk in Frankfurt organisiert hatte, berichtete der Spiegel ebenfalls nicht, obwohl der Journalist die ganze Tagung verfolgte. Er war offensichtlich mit einem Titel im Kopf nach Frankfurt gekommen und suchte dort nur Zitate für seine These. Ihm und seinen Auftraggebern ging es nur darum, den aufkeimenden Widerstand im veröffentlichten familienpolitischen Diskurs gegen die Meinungsoligarchen des bunten Blocks zu brechen. Um die politisch brisanten Erkenntnisse der ausländischen Bindungsforscher ging es nicht. Zum Beispiel des bekannten britischen Entwicklungs- und Verhaltensforschers Sir Richard Bowlby, Sohn des Begründers der Bindungsforschung John Bowlby oder des weltweit bekannten Kanadiers Professor Gordon Neufeld. Sir Richard etwa beklagte die Zustände in Großbritannien und wiederholte, was er auch schon in einem offenen Brief geschrieben hatte: „Inzwischen bin ich davon überzeugt, dass Babies und Kleinkinder im Alter von bis zu 30 Monaten, die während der täglichen Fremdbetreuung keinen Zugang zu einer festen Bezugsperson haben, so hohen Risiken ausgesetzt sind, dass dies zu einer erheblichen Verschlechterung der seelischen Gesundheit dieser Kinder in späteren Jahren führen wird. Ich hoffe sehr, dass Sie in Deutschland nicht dieselben Fehler begehen, die wir hier in Großbritannien gemacht haben“.

Genau diese Fehler werden gemacht – unter dem anhaltenden Applaus der meisten Medien. Dabei lässt sich mittlerweile schon empirisch nachweisen, dass das von den Meinungsoligarchen und der Politik propagierte Familienbild nicht mit dem Familienbild übereinstimmt, das in den Köpfen und Herzen der Bevölkerung lebt. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat im Auftrag des „Forum Familie stark machen“, in dessen Kuratorium immerhin so führende Persönlichkeiten wie Kardinal Lehmann und Familienministerin von der Leyen, der Intendant des ZDF Markus Schächter und Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio sitzen, im Generationenbarometer 2006 auf

320 Seiten mit endlos vielen Tabellen und Grafiken diese Bilder anschaulich gemacht. Das Barometer zeigt, dass sich die Vermutung über das Bild Familie verschlechtert – bei den anderen. Denn die Einschätzung über den Zusammenhalt in den Familien in Deutschland weicht erheblich ab von der Einschätzung über den Zusammenhalt in der eigenen Familie. Und das bei der Mehrheit der Befragten. Nur 32 Prozent der Bevölkerung halten diesen Zusammenhalt bei den anderen für stark, und mehr als die Hälfte hält ihn sogar für gering. Bei sich selbst aber halten 84 Prozent der Bevölkerung den Zusammenhalt für sehr stark bis stark und nur zehn Prozent für gering. Diese Zahlen passen nicht zusammen, die subjektive Wahrnehmung kontrastiert mit der objektiven. Und auf die Frage, was ist für Sie am wichtigsten, was steht an erster Stelle, antworten drei von vier Befragten „die Familie“. Aber nur acht Prozent nennen den Beruf oder den Freundeskreis und nur vier Prozent die Hobbies. Da ist von Verlässlichkeit die Rede, vom lieben und geliebt werden, von Treue und Freude.

Die Diskrepanz erklärt sich in einem Bild: Da sitzen Eltern und Kinder gemütlich zusammengekuschelt auf der Couch und sehen sich eine der ebenso zahlreichen wie typischen Soaps, Krimis oder Talkrunden an. Das Familienbild auf der Mattscheibe ist fast immer dasselbe: Ein von Konflikten, Trennungen, Scheidungen, wechselnden Partnerschaften und Randgruppen geprägtes Leben. Das Leben in diesen Sendungen ist wie das Fernsehen selbst: Man zapft sich durch. Aber auf der Couch bleibt man gemütlich beisammen.

Gerade für die Politik wäre dieses Generationenbarometer eine Fundgrube. Die familienpolitisch relevanten Gesetze sähen anders aus, wenn man sie für die Mehrheit gestaltete, statt Modelle wie das doppelt verdienende Akademikerpaar zu bevorzugen. Man hätte etwa die Eigenheimzulage nicht abgeschafft, bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer die Familienkomponente verstärkt, das Kindergeld nicht um zwei Jahre gekürzt und das Elterngeld nicht am Erwerbseinkommen orientiert. So aber darf man wieder ein Paradoxon beobachten, an das man sich fast schon gewöhnen kann: Die Familienministerin pries mit dem Generationenbarometer eine wissenschaftliche Grundlage an, von der sie keinen Gebrauch macht.

Es ist schon seltsam: Diese Regierung und das dazugehörige medial-politische Establishment vermitteln den Eindruck des Eigenmächtigen und der Selbstermächtiger. Man fragt sich, ob sie Familie und Ehe zugunsten der Wirtschaft auflösen wollen, so wie Marx und Engels das schon forderten als sie verlangten: „Erziehung und Fabrikation zusammen!“ (Marx-Engels, Werke Band 4, Seite 373). Heute heißt das Familie und Beruf vereinbaren und man meint damit Betreuung der Kinder in Funktion der Erwerbsarbeit. Aber die Bedeutung der Familie ist gemäß dem Generationenbarometer enorm und zwar um zehn Prozent gestiegen, bei Jugendlichen sogar um 15 Prozent. Auch Auffassungen zu Moral, Sexualität, Politik und Religion haben sich weitgehend angeglichen. Während 1986 noch ein gutes Drittel der Jüngeren überhaupt keine Übereinstimmung mit den Eltern sah, distanzieren sich heute lediglich acht Prozent der Jugendlichen von ihnen. Wenn das so weiter geht, werden die Ideologen in Berlin bald recht einsam sein. Aber sie werden es nicht merken. Ihre Medien werden das alte Stück von der überholten Familie auch weiter spielen, jedenfalls mindestens so lange, bis die 68er in Rente gehen. Dann werden auch sie mit der Wirklichkeit, die sie für sich erzeugt haben,

konfrontiert werden. Denn die jungen werden die Renten für diese alten nicht mehr zahlen wollen und auch nicht mehr zahlen können.

3. Warnung: Vorsicht vor der sogenannten öffentlichen Meinung- Warum sie mit der veröffentlichten Meinung nicht übereinstimmt

Woher kommt die Diskrepanz der Familienbilder in der veröffentlichten Meinung, also beim politisch-medialen Establishment einerseits und der wirklichen öffentlichen Meinung, also in der Bevölkerung andererseits? Ein Datum mag bis zu einem gewissen Grad generellen Aufschluss geben: Etwa 70 Prozent der Journalisten sind kinderlos (Hans Bertram, siehe auch Schautafel II). Sie haben folglich kaum oder keine persönlich-unmittelbare Lebensbeziehung zur Welt von Kindern. Plausibel erschiene auch der Grund, dass die Scheidungs- und Trennungsrate unter Journalisten überdurchschnittlich hoch ist, diese Journalisten also das Thema Ehe und Familie eher verdrängen. Auch die Karriereaussichten mögen eine Rolle spielen, ein Experte in der Thematik Familie wird höchst selten Chefredakteur. Allein diese drei Gründe reichen schon, um die Fremdheit dieses Berufs mit dem Thema Familie und das daraus resultierende Familienbild (konfliktiv, kinderarm, alleinerziehend) zu erklären. Auffallend ist auch, dass die meisten Kollegen, die sich mit dieser Materie befassen, aus eigener Betroffenheit darauf gestossen sind. Der Autor selbst ist eigentlich Außenpolitiker und zunächst über die Demographie als geopolitischer Faktor und dann durch die Schwierigkeiten, die eine Familie mit zehn Kindern in dieser Republik erfährt, zum Einäugigen in seiner familienblinden Zunft geworden.

Aber diese eher psychologischen, soziologischen und professionellen Gründe sind keine erschöpfende Erklärung. Die Familienvergessenheit liegt auch am diffusen Selbstverständnis des Berufsstandes. Immer noch definieren sich politisch zwei Drittel der Journalisten als links von der Mitte, mehr als ein Drittel greift regelmäßig zur Süddeutschen Zeitung als Referenzblatt, ein Drittel zum Spiegel. Hinzu kommt die Vermarktung der Information, sie durchdringt immer häufiger den medialen Produktionsablauf. Die nervöse Berliner Luft mit ihrer Selbstreferentialität und das rote Licht der Fernsehkameras haben zudem eine „journalistische Pseudoelite“ hervorgebracht (Weischenberg), deren vornehmstes Merkmal die Sichtbarkeit im Fernsehen ist. Die angeblichen, gelegentlich auch tatsächlichen Alphatiere des Medienberufs setzen in Berlin zusammen mit den Wortführern aus der Politik die Akzente in der Familienpolitik. Je weiter allerdings die familienpolitische Debatte sich in die Sozial- und Bildungssysteme verästelt – Familienpolitik ist ein gesellschaftlicher Querschnittsbegriff – umso häufiger greifen Leitmedien, insbesondere große Tageszeitungen, auf wirkliche Experten zurück. Einer der bekanntesten und versiertesten dürfte der Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert sein. Aber ihre Wortmeldungen und die anderer Experten fallen schon wegen der geringeren Häufigkeit weniger ins Gewicht als die regelmäßigen Meinungsbeiträge etlicher Journalisten, schon weil diese – wenn auch deutlich weniger kompetent – häufiger in Kameras und Mikrofone sprechen oder die Meinungsseiten füllen. Ihr Verrat an den Familien erfolgt aus Ignoranz und selbstreferentieller Rechtfertigung. Zu ihnen schreibt immerhin die bekannte Journalistin in Berlin, Tissy Bruns: „Die Alpha-Journalisten sind öffentliche Akteure, die keine vierte Gewalt über sich haben und keiner Wiederwahl ins Auge sehen müssen. Deshalb müssen sie Gegenstand öffentlicher Kritik werden“.

4. Warnung: Vorsicht vor den „objektiven“ Journalisten - Zum Selbstverständnis der Meinungskontrolleure

Wer aber kontrolliert die Kontrolleure? Diese alte Frage wirft erneut die Frage nach dem Selbstverständnis der Journalisten auf. Nach neueren Forschungen (Weischenberg/Scholl/Malik) zum Selbstverständnis der Journalisten, glauben viele Medienleute noch an die Objektivität, obwohl die Publizistik seit ihren Anfängen davon Abstand genommen hat. Es gibt die vielbeschworene Objektivität, die Wahrheit an sich in den Medien nicht. Das wußte schon Emil Dovifat, der Vater der deutschen Publizistik. Etliche seiner Schüler haben dies wissenschaftlich untermauert. Karl Pruys etwa kam zu dem Schluß: "Da die öffentliche Kommunikation stets von den Gefühlen und Haltungen der Berichtenden abhängt, ist Objektivität im Bereich der Publizistik ausgeschlossen". Dovifat selber sprach statt von Wahrheit auch schon lieber von der "subjektiven Wahrhaftigkeit" der Journalisten, man könnte es das Gebot der Fairness nennen. Der Grund für all diese Einschränkungen ist einfach. Der Journalist muß notwendigerweise eine Auswahl treffen. Er tut dies nach bestimmten Regeln - oder auch nicht. Eine der Regeln ist die Frage nach den fünf "W" - wer, wo, wann, wie, warum. Spätestens beim Wie und vor allem beim Warum beginnt meist die Subjektivität, kommen die "Gefühle und Haltungen der Berichtenden" zum Tragen, hier entscheidet sich, wie fair der Medienhandwerker es mit dem Medienkonsumenten meint. Hier, bei der Subjektivität, fängt der Wille an, mithin die Versuchung zur Manipulation. Und wenn man es genau nimmt, ist hier auch die Quelle des Mythos von der Wahrheit zu suchen, weil es eben viele Journalisten gibt, die an die Objektivität glauben oder vorgeben, danach zu handeln, obwohl es nicht möglich ist.

Was immer zählt, ist zuerst die Quote, die Auflage, das Schlagen der Konkurrenz, die Formulierung, die eine Gegendarstellung ausschließt. Für den „bunten Block der autonomen Familiengegner“ kommt noch hinzu, was der sowjetische Journalist Boris Tumanov in der Morgenröte der aufkommenden Glasnost von sich und seinen Kollegen bekannte: Unsere Propaganda und Agitation war „ein offizielles Surrogat der Realität. Die Realität selbst aber wurde verdrängt in die Illegalität des gesellschaftlichen Lebens, in Witze, Klatsch und Gerüchte...Unter diesen Bedingungen war echtes Wissen einfach nicht notwendig.... Unsere Gesellschaft betrachtete sich nicht im Spiegel, sie sah sich nur auf Plakaten“ (Ogonek, 1988, S. 21). Auch der bunte Block zeigt im familienpolitischen Diskurs mehr Plakate als Darstellungen der Wirklichkeit, über die man gern seine Witzchen macht, meist auf Kosten der Hausfrauen.

Die veröffentlichte Meinung neigt immer mehr dazu, die Beziehungswelt des Menschen in all ihren Aspekten zu vermarkten und die Privatheit oder Intimität ins grelle Licht des Voyeurismus, der Neugier und der Quotenträchtigkeit zu zerren. Treue und Unauflöslichkeit mögen der heimlichen Sehnsucht des Menschen entsprechen, sie vertragen sich nicht mit der für notwendig gehaltenen Offenheit und der Vielfalt des medialen Angebots. Der Markt legt sich nicht fest, er bietet nur an. Die offene Option ist sein Elixier. Und diese Markt-Haltung ist wie durch Osmose in das mediale Denken eingedrungen. Dieses Denken verträgt sich nicht mit festen Größen wie Wahrheit oder gar Natur des Menschen, handelt aber dennoch permanent mit ihnen, weil Information und Wahrheit sich auf eine gemeinsame Größe beziehen: Die Wirklichkeit. Wahrheit ist nach Pieper ja nur die Enthüllung der Wirklichkeit und nach der klassischen Definition von Thomas von Aquin ist Wahrheit

die Übereinstimmung des Denkens mit der Sache (res), also auch mit der Wirklichkeit. Dass das Denken oft so von anderen Wirklichkeiten und Interessen beeinflusst ist, dass die Sache nur noch verzerrt wahrgenommen oder zumindest verzerrt wiedergegeben wird, wird an einem einfachen Beispiel deutlich. Als vor zwei Jahren das Grundsatzprogramm der CDU vorgestellt wurde, nannten es die Vertreter der SPD neoliberal, konservativ, rückwärtsgewandt, enttäuschend. In der CDU hieß es: sozial, modern, zukunftsfest, begeisternd. Und wenn die Wahlprogramme in ein paar Wochen vorgestellt werden, werden wir genau dasselbe erleben. Was denn nun? Wie ist es wirklich? Oder ist die Wirklichkeit immer in der Mitte? Niemand regte sich über die unterschiedlichen Wahrnehmungen auf, man hatte es so erwartet – der Markt der Meinungen hat schon seine eigenen Gesetze und Wirklichkeiten.

Zu diesen Gesetzen gehören bereits die Lüge, die Manipulation, die Desinformation. Wir werden manipuliert. Das ist eine Binsenweisheit, die sich zwar im Einzelfall beweisen lässt - tagtäglich werden Lügen aufgedeckt und neue angeprangert, in der Politik etwa die Steuerlüge, die Rentenlüge, die Arbeitslosenlüge, die Krippenlüge, die Boni-Lüge, die Investmentlüge – aber dennoch ist sie systemimmanent. Die Lüge gehört zu unserem Alltag. Ich nannte vorhin den französischen Publizist Francois Revel, der im ersten Satz seines Buches sagt: "die Lüge ist die stärkste aller Kräfte, die die Welt beherrschen". Revel erläutert, dass ein Ereignis oder eine Nachricht nicht mehr nach ihrer Genauigkeit aufgenommen oder geprüft werde (siehe die Beispiele oben), sondern nach ihrer „Eignung, einem Interpretationssystem, einem Beziehungsgeflecht oder einer moralischen Haltung zu dienen oder nicht zu dienen“. Und diese Eignung mache eine Tatsache eben zu einer „erwünschten oder unerwünschten“ mithin zu einer brauchbaren oder unbrauchbaren, zu einer veröffentlichten oder verschwiegenen Information. Die Welt der Medien ist ideologisiert.

5. Warnung: Die Liebe zum Nichts oder Die relativistische Ideenwelt der Medien

Die Darstellung der Wirklichkeit ist eine Gratwanderung, beim Thema Familie erst recht, weil jede Familie in ihrer eigenen Wirklichkeit und Situation lebt. Aber das andere Extrem ist die Aufhebung jeder Wirklichkeit, ist die totale Beliebigkeit. Sie ist das Lebensfeld der Pilatisten – so nannte der Kölner Historiker Peter Berglar jene, die die Wahrheit suspendieren. In den Institutionen und Medien unserer Demokratie wimmelt es von Pilatisten und je mehr die Relativierung aller Werte um sich greift, umso größer wird ihre Heerschar und umso kleiner der Haufen derjenigen, die sich vom Zwielficht der bequemen Halbwahrheiten nicht blenden lassen wollen. Das gilt vor allem bei Themen, die mit der Natur des Menschen, seinem Verhalten und seinen Beziehungen – Stichwort Ehe und Familie – zu tun haben. Denn hier wird der Zusammenhang von Subjektivität und Objektivität, von Denken und Wirklichkeit deutlich, und zwar entweder im Gegensatz oder in seiner Stimmigkeit. Wenn alles relativ ist, dann gilt nur noch die Straßenverkehrsordnung als höchstes Gut. Der Verzicht auf die Wahrheit ist der Kern der heutigen Krise, schreibt Ratzinger und deshalb sieht er die Kirche als "Treuhanderin der Wahrheit" und das Christentum als eine vernünftige Religion, ja die "am meisten universale und rationale religiöse Kultur". Die Kirchen erinnern - oder sollten es tun - die Demokratie an ihre Prinzipien, an die Hierarchie der Werte, insbesondere an die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Sie seien das Gewissen des demokratischen Staates, der die Wahrheit nicht wie Pilatus einfach suspendieren dürfe.

Ratzinger breitete diese Gedanken aus in seinem Buch "Wahrheit, Werte, Macht - Prüfsteine der pluralistischen Gesellschaft". Nun ist in der pluralistischen Welt das Grundrecht der Meinungsfreiheit ein "schlechthin konstituierendes" Element des demokratischen Staatsgefüges, wie das Bundesverfassungsgericht im Januar 1958 schon ausdrücklich festgestellt hat; beim Recht der Gegendarstellung zum Beispiel spielt es in den meisten Landespressegeseetzen in Deutschland keine Rolle, ob die Gegenaussage wahr ist, also der Wirklichkeit entspricht oder nicht. Man mag das als ein Stück Perversion der Demokratie sehen. Aber in einem Staatsgebilde, wo die Entscheidungen de facto doch mehr nach dem Prinzip der Mehrheit gefällt werden, bleibt wenig Raum für das Wahre und Schöne. Der politische Kampf dreht sich darum, Mehrheiten zu sammeln. Daß dies für die Politik und Gesellschaft auf Dauer nicht reicht, das ist ein Thema für die Zeit nach der Sintflut, also wenn man die Rente schon sicher hat – eine Illusion. Dennoch gibt es heute keine Mehrheit für das einzig Vernünftige, um die Zukunft aller zu sichern: Die Familie zu stärken. Hier schweigen die meisten Medien. Dabei kann nach Lage der Dinge nur die Familie der Verflüchtigung der Solidarität und dem demographischen Defizit entgegenwirken, abgesehen davon, daß es sich hier auch um ein Frage der Gerechtigkeit handelt. Die wahren Zusammenhänge zwischen Familie und Sozialstaat werden von vielen Medienleuten schlicht übersehen oder verdrängt.

Wird die Wahrheit verdrängt, ausgebootet? Man muß die Wahrheit auch wollen, meinte Max Weber mit Blick auf die Handelnden in Politik und Gesellschaft. Aber die Skeptiker und Selbstermächtiger prägen den Diskurs. Die Skepsis der Pilatisten ist übrigens keineswegs eine nur deutsche Angelegenheit, auch wenn der Skeptizismus und die Neigung zum Hinterfragen besonders hierzulande weit verbreitet sind. Der bretonische Schriftsteller Ernst Hello - er lebte im 19. Jahrhundert - beschrieb diesen Geist des Zweifels und Kritisierens, jene immerwährende Skepsis und Kritik der Besserwisser. Er nannte diese Skepsis "die Königin der Leere". In seinem Buch "Welt ohne Gott" beschreibt er dieses Negativdenken mit genialer Treffsicherheit. "Diese Königin der Leere hat Augenblicke der Begeisterung, die Furcht einflößen. Ihre Begeisterung ist ein schwungvoller Trieb zum Tod. Die Freude am Leugnen geht bei ihr bis zur Verblendung und ich glaube, ich gebe die Formel für sie an, wenn ich sage: Das Nichts ist ihr Ideal."

Im Jahrhundert nach Hello und bis in unsere Tage hinein hat der Nihilismus im öffentlichen und auch im privaten Leben steile Karrieren gemacht. Und zwar unter verschiedenen Namen, am gängigsten heute dürfte der Relativismus sein, das Einebnen und Aushöhlen aller Werte, das nur noch das eigene Gewissen als höhere Instanz akzeptiert – natürlich, wie gesagt, von der Straßenverkehrsordnung einmal abgesehen. Das ist die Quintessenz des Nihilismus, die Verneinung an sich. Natürlich auch der Schöpfungswirklichkeit. Verneinung als Prinzip im Dienst der eigenen Autonomie. Verneinung von Autoritäten, von vorgegebenen Ordnungen. Es ist, wie Hello prophetisch fragend schrieb, eine "Leidenschaft, die das Nichts zum Gegenstand hat. gibt es diese Leidenschaft bei der Menschheit? Hat sie einen Sinn? Nein. Aber diese Leidenschaft enthält ein Geheimnis: Die Liebe zum Nichts ist der Hass gegen das Sein."

Das mag den meisten Skeptikern, Selbstermächtigern und Pilatisten so nicht bewußt sein. Ihnen ist dann aber auch nicht klar, daß mit dem Verzicht auf die beständige und ausdauernde Suche nach Wahrheiten auch die Freiheit verloren geht. Ohne wahre Information gibt es zum Beispiel keine Wahlfreiheit, weil die Wahloptionen

nicht offen liegen. Wer nicht weiß, was die Mutter-Kind-Bindung in den ersten Jahren für das Kind (oft auch für die Mutter) bedeutet, kann nicht wirklichkeitsgemäß abwägen, was besser ist für Mutter und/oder Kind. Freiheit ist grundlegend abhängig von der Wahrheit. Der griechische Geschichtsschreiber Polybios hat einmal gesagt, Geschichte ohne Wahrheit ist wie ein Gesicht ohne Augen und Boverter meint zutreffend, "ein Journalismus, der nicht von einem höheren Prinzip gehalten wird, produziert ohne Widerstand mit den Mitteln der Technik alle jene Ergebnisse und Wirkungen, die der jeweilige Machtorganismus ihm abverlangt. Eine blinde und bloß funktionierende Praxis vernichtet menschliche Kommunikation. Wer seine Geschäfte maschinenmäßig betreibt, der bekommt ein Maschinenherz".

6. Was ist zu tun?

Was ist gegen diese Maschinisten der Beliebigkeit und der Manipulierer der Wahrheit zu tun? Der Geheimrat Goethe gab seinem Freund Eckermann schon vor 180 Jahren diesen Rat: „Und dann, man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopedien, auf Schulen und Universitäten ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist“. Noelle-Neumann hat dieses behagliche Gefühl mit der sozialen Haut und der Isolationsfurcht umschrieben. Vor Goethe haben sich auch schon andere Geistesgrößen Gedanken darüber gemacht. Schließlich geht es hier um ein Urgefühl, das mit existentieller Sicherheit und dem bedingungslosen Angenommensein zu tun hat. Jean Jacques Roussau kam zu dem Ergebnis: „Der Mensch, das soziale Wesen, ist immer wie nach außen gewendet: Lebensgefühl gewinnt er im Grunde erst durch die Wahrnehmung, was andere von ihm denken“. Deshalb ist die Isolation, das permanente Misstrauen, eine Art Folter, die der Mensch kaum auszuhalten vermag. Und John Locke schrieb: „Wer überhaupt ein menschenähnliches Wesen hat, bringt es nicht fertig, in einer Welt zu leben, in der ihm seine Mitmenschen ständig abweisend und verächtlich begegnen. Diese Last ist zu schwer, als dass ein Mensch sie ertragen könnte“. Deshalb ist es behaglich in der Majorität des Irrtums zu leben und diese Behaglichkeit verhindert nicht selten, dass man den Sachverhalt hinterfragt.

Also: diese vermeintliche Isolation, die Majorität des Irrtums durchbrechen, sich sammeln, vernetzen, massenhaft auftreten. Darüber können wir gleich diskutieren, denn wie so etwas zu tun ist, das würde den Rahmen dieses Vortrags sprengen.

Beim Thema Familie ist, das stimmt leider, die allgemein akzeptierte Sichtweise von Journalisten, die Gruppennorm, der Mainstream besonders stark. Hier wird schnell und entschieden „auf der Grundlage unzureichender Informationen“ ge- und gern auch verurteilt. Das mag an der vorherrschend kinderlosen Lebensform in der „Bewußtseinsindustrie“, wie Enzensberger die Medienwelt nennt, liegen. Auch die Ideologisierung der Thematik durch den Feminismus, den Relativismus und den Nihilismus sowie die gängige Übersexualisierung wirken dauerhaft nach, zumal die Generation, die von ihren Propheten wie Sartre, Simone de Beauvoir, Marcuse, Alice Schwarzer und anderen beeinflusst wurde, jetzt in einem Alter ist, in dem man auf der Karriereleiter schon auf entscheidungsrelevanten Sprossen steht. Viele Strömungen fließen bei dieser Thematik zusammen, ein starkes subjektives Element schwingt meistens mit, sei es bei Gegnern, sei es bei Befürwortern der normalen, also traditionellen Familie. An der Familie scheiden sich die Geister.

Ausschlaggebend ist meist der persönliche Lebensentwurf. Wer nicht so lebt, wie er denkt, denkt so wie er lebt – im liberalen Stressberuf Journalismus prägt dieses Lebensgesetz auch die Berichterstattung, also die Ausübung des Berufs und somit die veröffentlichte Meinung.

Natürlich lässt sich das nicht pauschalisieren und wird eine solche These unter Berufung auf die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung auch bestritten. Das Problem ist auch nicht die Lebensweise einzelner oder vieler Journalisten, sondern der Anspruch auf Allgemeingültigkeit, der in der Bewußtseinsindustrie „behaglich im Gefühl der Majorität“ für bestimmte Lebensformen aufgestellt oder anderen verweigert wird.

Ein erstes Fazit: Die Welt der Information folgt beim Thema Familie geistigen Strömungen und medialen Gesetzen und Reflexen, die der Institution Familie nicht gerecht werden. Einen übermäßigen Einfluss übt der rote Block der autonomen Familiengegner aus. Aber ohne eine Änderung des Meinungsklimas in der Bewußtseinsindustrie wird sich an der Situation nicht viel ändern. Diese Änderung könnte durch neue Elemente in der Informationswelt (Internet, Blogger, Netzwerke) oder durch gesellschaftlich relevante Gruppen herbeigeführt werden. Oder auch durch die Macht des Faktischen, die auch die Mediengesellschaft vor Alternativen stellt. Dazu gehört an erster Stelle die demographische Entwicklung mit ihren Folgen für die Wirtschaft. Schopenhauer bezeichnete die Journalisten einmal als „Tagelöhner des Geistes“. Das ist nicht ganz falsch. Dennoch geht es nicht ohne diesen Beruf. Einer muß die Information und Kommunikation organisieren. Nur: Eines muß beim Thema Familienpolitik klar sein: Der Mensch und damit die Familie haben Vorfahrt vor der Wirtschaft. Die Wirtschaft hat dem Menschen und damit der Familie zu dienen. Es geht um die familienfreundliche Wirtschaft, nicht die wirtschaftsfreundliche Familie. Die Erwerbsideologen müssen als solche decouvriert werden. Das ist die Lobby der Großbetriebe, der Stiftungen, der Funktionäre in den Parteien und Verbänden, der Journalisten und der Politik selbst – dieses politisch-mediale Establishment, in dem die gewollt Kinderlosen das Sagen haben und das die betriebsfreundliche Familie will, ist der eigentliche Feind der Familie. Vielleicht weil sie die Familie und die Wertschöpfung dieser Institution nicht mehr kennt. Das ist bei Managern und Mandatsträgern, die nah am Menschen sind und arbeiten, anders. Hier zählt der Mensch und dann kommt erst die Partei, die Macht, der Profit. Es gibt sie noch, die Mandatsträger mit Sinn für das Gemeinwohl. Aber sie werden nicht gehört oder ihre Stimme wird von den Ideologen unterdrückt. Auch jetzt in der Krisendebatte und der aufkommenden Diskussion um die Sozialsysteme und die materielle Armut, die die Krise uns bescheren wird. Erneut sind die Lauten des Establishments unter sich, bei Anne, Frank, Maybrit und Co. Die materielle Armut hat ihr Pendant in den Medien als geistige Armut.

Ich komme zum Schluss. Alle großen Zukunftsromane sind Medienromane. Das ist nicht verwunderlich. Alle großen Utopien greifen auf die Natur des Menschen als ein soziales, mithin auch kommunikatives Wesen zurück. Diese Kommunikationsfähigkeit soll manipuliert oder kontrolliert werden, sei es vom allgegenwärtigen Fernsehauge des Großen Bruders in George Orwells 1984, sei es durch das Verbrennen von Büchern, weil diese eigenständiges Denken fördern, in Ray Bradburys Fahrenheit 451. Bei Orwell achtet die „Denkpolizei“ darauf, daß die Menschen nicht „falsch“ denken und bei Bradbury wird die Bücher-Feuerwehr vom Fernsehen betäubt und in einem Zustand des Nicht-Denkens gehalten. Auch der

Weltaufsichtsrat und die Gefühlsingenieure in Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“ haben mittels elektronischer Medien die Orte der personalen Gefühlkultur besetzt und verhindern das Denken. Wer die familienpolitische Debatte in diesem Land verfolgt, der mag sich manchmal fragen: Hat die Zukunft Orwells, Huxleys oder Bradburys schon begonnen? Ein amerikanischer Journalist hat nachgeprüft und errechnet, daß vier Fünftel der Voraussagen Orwells bereits Wirklichkeit geworden sind. Schon möglich. Sicher ist: Es geht bei der Frage der Meinungsfreiheit natürlich auch um das Wesen der Demokratie, um unser freiheitliches System. Der große Politologe Dietrich Bracher hat in einem Band über Totalitarismus geschrieben: Demokratie bedeutet Selbstbeschränkung, Ideologie Selbsterhöhung. Gegen die Hybris des politisch-medialen Establishments müssen wir uns zur Wehr setzen – oder mitlaufen und uns betäuben lassen. Ich gehe mal davon aus, dass niemand hier im Saal seine Bücher verbrennen oder sich von der großen Schwester kontrollieren lassen will. Sonst müssen wir darüber diskutieren.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Wolfram Ellinghaus

Schlussbemerkung, Fazit

Wir müssen den beiden Referenten danken für ihre reichhaltigen und zutreffenden Informationen über die Wirklichkeit der deutschen Familienpolitik, die leider nur noch als Arbeitsmarkt- und Krippenpolitik zu bezeichnen ist, und über die Meinungsmanipulation der Bevölkerung durch die Politiker mit Hilfe der Massenmedien.

Die Politiker und Medienleute erkennen offenbar nicht oder wollen es gar nicht erkennen, dass sie mit ihrer ehe- und familienfeindlichen und in der Konsequenz kinderfeindlichen Politik nicht nur die gesellschaftlichen Strukturen zerstören und die Kinder psychisch für ihr ganzes Leben schädigen, sondern langfristig auch den Arbeitsmarkt, den sie offensichtlich ausschließlich im Blick haben – wie Marx und Engels. Durch die Kinder entstehen nämlich zunächst Arbeitsplätze und Kinder bilden später den dringend benötigten beruflichen Nachwuchs. Es gibt angebliche Wirtschaftsexperten, die meinen, das Geburtendefizit durch hemmungslose Immigration ausgleichen zu können, was aber zu ganz anderen wirtschaftlichen und sozialen Problemen führt und zu einem Abbau unserer kulturellen Identität.

Diese Politik ist aber mit ihren Versuchen, die Genderideologie auf allen Ebenen durchzusetzen, vor allem auch in der Bildungspolitik, menschenfeindlich, weil sie die weltweit, interkulturell nachgewiesenen anthropologischen Konstanten völlig negiert, von der Zerstörung gewachsenen kulturkreisgebundenen Fakten völlig abgesehen.

In den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wollten Genderanhänger mit einem verbrecherischen Experiment in Kanada die Richtigkeit der Genderideologie beweisen, was in einem katastrophalen Ergebnis, einer menschlichen Tragödie, endete; Volker Zastrow berichtete in der FAZ 2006 darüber – nachgedruckt in F. Zastrow, „Gender“, Manuscriptum Verlag 2006. Trotzdem suchen deutsche Familien- und Bildungspolitikern mit allen Mitteln diese Irrlehre, deren konsequente und brutale Umsetzung sich als verbrecherisch erwiesen hat, bei uns durchzusetzen. Der mittlerweile klar sichtbare Bildungsabstieg der Jungen durch deren Benachteiligung in den öffentlichen Bildungseinrichtungen beraubt sie ihrer Lebenschance, ohne dass die Mädchen davon gewöhnen. Trotz der seit Jahrzehnten laufenden massiven Bemühungen, Mädchen zu technischen und technologischen Ausbildungsgängen zu motivieren sind Ergebnisse grotesk: z.B.: in der Elektrotechnik 5% Mädchen gegenüber 95 % Jungen. Seien wir doch froh und dem Schöpfer dankbar für die unvergleich häufigeren pflegerischen und fürsorgerischen Neigungen der Mädchen. Es darf doch in einem demokratischen Staat nicht sein, dass eine kleine Minderheit die Inhalte und die Struktur der öffentlichen Bildung für alle bestimmt. Natürlich hat jeder Mensch außer einem Neigungsschwerpunkt noch andere, nachgeordnete Neigungen, denen er bei Gelegenheit nachgehen kann, nicht simultan, sondern sequentiell, wie Prof. Spieker sagte. Das gilt natürlich nicht in der

Ehe, wo die Liebe zu einer anderen Person mit ihrer Gegenseitigkeit entscheidet. Wenn jemand sagt: „Im Moment liebe ich dich zwar, aber wer weiß, was morgen ist?“ Da kann von Liebe mit der Unaustauschbarkeit des anderen, auch der Kinder, überhaupt keine Rede sein. Erziehung gegen Ehe und Familie zerstört „die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft“. (Verf. NRW 5,1)

Jürgen Liminski wies auf die unübersehbaren Schwierigkeiten hin beim Versuch, tatsächengerechte Informationen zu verbreiten, weil „wissenschaftliche Daten und Vorträge nicht wahrgenommen werden, solange nicht eine Mehrheit sie auf die Bühne der veröffentlichten Meinung trägt“. D.h. die Medien sorgen nicht nur für die falschen oder irreführenden Informationen, sondern auch dafür, dass die „Menge“ wirklichkeitsgerechte Informationen gar nicht zur Kenntnis nimmt, wenn sie ihr angeboten werden. Deshalb sagt Liminski im Schlussabschnitt seines Vortrags, „Was ist zu tun?“. „Ohne eine Änderung des Meinungsklimas in der Bewusstseinsindustrie, den Medien, wird sich an der Situation nicht viel ändern“. Er empfiehlt: „sich sammeln, vernetzen, massenhaft auftreten“. Eine Teilnehmerin wies in der auf die Referate folgende Diskussion auf die zahlreichen „Mutter und Kind Gruppen“ hin, wo Menschen mit gleichen Problemen zusammenkommen, sich austauschen und „vernetzen“ können und gemeinsam eher Veränderungen bei den bestehenden Mängeln erreichen können als jeder allein. Herr Liminski wies auf das „Familiennetzwerk“ hin; der Freundeskreis Christa Meves mit seinem Verein „Verantwortung für die Familie“ (D – 29525 Uelzen, Albertstr. 14, www.vfa-ev.de) leistet klare und gründliche Sachinformationen. Die durch die unermüdliche Aktivität der Initiatorin gewachsene Bekanntheit und das Profil ihrer Referenten aus anderen Bereichen sowie die ansehnliche Zahl der Mitglieder ihres Vereins und der Teilnehmer an ihren Veranstaltungen haben diese ein gewisses, wenn auch nicht ausreichendes Echo.

Es ist unerlässlich, dass diejenigen, die für eine menschengerechte Politik eintreten sowie die Geschädigten, sich bewegen, laut werden: Sich an Veranstaltungen beteiligen, weil nur größere Zahlen die Meinungsmacher beeindrucken, den für die Fernsehprogramme Verantwortlichen deutliche kurze Briefe schreiben, nicht alles hinnehmen nach der Devise, „ich kann sowieso nichts ändern“; das ist meist nur eine faule Ausrede, danach können einige wenige machen, was sie wollen, - TV-Zwangsgebühren sind natürlich ein diktatorisches Zwangsmittel.

Die für jeden einfachste Demonstration für eine vernünftige, menschengerechte Politik ist die Teilnahme an Veranstaltungen wie dieser heute Abend. Und da ist es nicht nur entmutigend auch für künftige potentielle Initiatoren, sondern auch peinlich den hochkompetenten, profilierten und bekannten Referenten gegenüber, wenn diese dann vor einer Handvoll Zuhörern ihre fundierten und reichhaltigen Informationen anbieten müssen. Den wenigen Zuhörern ist allerdings wie den Referenten umso mehr zu danken.